Morgen=Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14;
in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4;
in Grätz bei Herrn L. Streisand;
in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Siebenundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse;
in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler;
in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 349.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 22. Mai.
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1874.

Die neue Eisenbahnanleihe vor dem Landtage.

Bei der Berathung der neuen Eisenbahnanleihe im Abgeordnetenhause zeigten sich mehr Opponenten als Freunde der Vorlage, während bei der Abstimmung die große Mehrheit des Hauses für die Anleihe votirte. Die Opposition fand die finanzielle Lage Preußens, das über seine Kriegskontribution bereits disponirt habe, gar nicht danach angethan, nachdem erst im vorigen Jahre 120 Millionen für Eisenbahnen angewiesen seien, jetzt weitere 50 Millionen diesem Zweck zuzuwenden. Die volkswirthschaftliche Situation aber (so meinte Herr v. Mallinckrodt) spreche gegen eine zu große Anspannung der Bauthätigkeit. Herr Kardorf verlangte zunächst eine neue Wegeordnung und Kanäle, ein anderer Abgeordneter wollte die Tariferhöhung abwarten, und ein dritter sah in dem Bau neuer Staatsbahnen eine Entscheidung der Regierung gegen die Privatbahnen; am meisten aber wurde die Motivirung der Bahnprojekte und der Mangel ordentlicher Rentabilitätsberechnungen kritisirt.

Alle diese Vorwürfe hätten wahrscheinlich durchweg mit nicht minderem Rechte der vorjährigen Anleihe von 120 Millionen gemacht werden können. Nachdem der Landtag jene Anleihe gebilligt und damit den westlichen Provinzen große Vortheile zugewendet hatte, war es nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, die kleinere Anleihe für Bahnbauten in den östlichen Provinzen zu gewähren; das Abgeordnetenhaus hatte sich von vornherein für die Annahme engagirt, indem es an die Bewilligung 120 der Millionen damals die Resolution knüpfte, „in der nächsten Landtagssession behufs Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes auch in den bei der diesjährigen Eisenbahnvorlage nicht berücksichtigten Landestheilen, soweit solche Erweiterung durch das allgemeine, die wirthschaftliche Entwickelung sämmtlicher Landestheile erheischende Staatsinteresse angezeigt erscheint, eine Gesetzesvorlage zu machen."

In Folge dessen hatte der Handelsminister sämmtliche Oberpräsidenten aufgefordert, Berichte zu erstatten über diejenigen Linien, welche in den einzelnen Provinzen mit Rücksicht auf den Verkehr und auf die allgemeine Verhältnisse der betreffenden Landestheile wünschenswerth erschienen. Auf Grund dieses Reskripts sollen 174 Linien angegeben worden sein. Davon sind eine große Anzahl ausgeschieden und auf 79 vermindert worden, welche in drei Klassen eingetheilt worden sind. Die erste Klasse ist nun in der Regierungsvorlage berücksichtigt worden. Die anderen beiden Klassen werden wohl sehr lange auf Staatshilfe warten können, denn nachdem etwa 200 Millionen Thaler auf den Eisenbahnbau angewiesen sind, glauben wir nicht, daß die Regierung sich bewogen finden wird, den Landtag in den nächsten Jahren mit neuen Bewilligungen anzugehen.

Die heftigste Opposition fand die Pommersche Bahn mit ihrer Verlängerung nach Posen. Am schärfsten bekämpfte der Abgeordnete Richter das Projekt, bei dem er Alles unsicher fand, bestimmt sei nur, daß Geld ausgegeben werden soll, und zwar viel Geld, nämlich 18½ Million. Selbst der Umstand, daß die Bahnlinie Varzin berühre, „wo das Land wieder fruchtbar werde", konnte ihn nicht milder stimmen.

Die Herren Kantak und Hundt v. Hafften befürworteten das Bahnprojekt mit großer Wärme, erklärten sich aber gegen den Ausgangspunkt von Rokietnica. Entsprechend den Petitionen der Handelskammer und der Kommunalbehörden der Provinzialhauptstadt begründeten diese Abgeordneten die Forderung, den Ausgangspunkt der Bahn in Posen zu nehmen und sie über Rogasen zu führen.

Durch die Opposition fand sich der Regierungskommissar, Geh. Rath Weißhaupt, zu mehreren bemerkenswerthen Aeußerungen veranlaßt, die wir nach dem stenographischen Berichte unten wiedergeben.

Nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, welche gestern auch im Herrenhause angenommen wurden, soll die Bahn von einem Punkt zwischen Posen und Rokietnica über Schneidemühl nach Belgard mit Abzweigung über Rummelsburg nach Ulrichsthal und von hier einerseits über Schlawe nach Rügenwalde und Rügenwaldermünde, andererseits über Stolp nach Stolpermünde gehen. Auf die Provinz Posen kommt davon nur etwa der vierte Theil, was die Ausdehnung und Kostensummen betrifft. Irren wir nicht, so werden in Posen nicht mehr als 4½ Millionen zu verbauen sein.

Von den 50,600,000 Thalern werden im Jahre 1874 nicht mehr als 5 Millionen, im Jahre 1875 nicht mehr als 10 Millionen zur Verwendung kommen, so daß wohl noch drei Jahre vergehen können, bevor wir eine direkte Verbindung mit Kolberg erhalten.

Gegen den Abg. Richter (Hagen), welcher behauptet hatte, die Provinz Pommern solle den Löwenantheil von dieser Anleihe davontragen, nahm der Regierungskommissarius, Ministerial-Direktor Weishaupt, das Wort:

Meine Herren! Gestatten Sie mir zu Nr. 3 einige Worte. Es ist von dem Herrn Abg. Richter behauptet worden, daß die Provinz Pommern bei der Vorlage ganz besondere Berücksichtigung gefunden habe, daß sie den Löwenantheil davontrage.

Meine Herren! Eine kurze Erörterung wird Ihnen den Beweis liefern, daß dies in keiner Weise der Fall ist. Es handelt sich hier um die Ausführung von 94 Meilen Eisenbahn, darunter allerdings 50 Meilen ad Nr. 3. Diese 50 Meilen liegen aber keineswegs blos in der Provinz Pommern, sondern zum allerdings geringeren Theil auch in den Provinzen Posen und Westpreußen, also der vermeintliche Löwenantheil kommt auch diesen Provinzen zu Gute.

Betrachten sie nun die Summen, um die es sich handelt. Veranschlagt sind diese 50 Meilen zu 18,500,000 Thaler, das sind 370,000 Thaler pro Meile, es verbleiben demnach von den gesammten 50,600,000 Thalern noch 32,100,000, welche auf 44 Meilen kommen. Es kostet demnach jede Meile der übrigen Bahnen 720,000 Thaler, also mehr als das Doppelte der Bahn, die in Pommern, Posen und Westpreußen gebaut werden soll. Wir bauen also mit demselben Gelde in den genannten Provinzen zwei Meilen, mit dem wir in den übrigen 1 Meile bauen.

Meine Herren! Wenn von Pommern in erster Reihe hier die Rede gewesen ist und von dem Hrn. Abg. Richter darauf hingewiesen wurde, welche bedeutende Zinszuschüsse jährlich Seitens der Staatsregierung aufgewendet werden müssen, um den Kapitalien, die dort zur Verwendung gekommen sind, eine genügende Rente zu geben, so möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß das pommersche Gebiet keineswegs für Eisenbahnanlagen so undankbar ist, als es darnach den Anschein haben möchte. Als die erste hinterpommersche Bahn von Stargard nach Kolberg und Köslin vor 12 Jahren eröffnet wurde, war die Jahreseinnahme 12,000 Thaler pro Meile. Jetzt, meine Herren, haben wir eine Einnahme von 36,000 Thalern, also nahezu das Dreifache zu verzeichnen, und wenn Sie die Statistik in die Hand nehmen, so werden Sie sehen, daß kein Jahr gegen das andere zurückbleibt, sondern daß ein stetiges Fortschreiten bemerkbar ist. Es ist dies eine sichere Bürgschaft dafür, daß in absehbarer Zeit wenigstens die ältere Strecke eines Zinszuschusses nicht mehr bedürfen wird, namentlich dann, wenn durch eine angemessene Regelung der Tarife die Kosten des Betriebes sich auf ein angemessenes Verhältniß zur Einnahme reduziren werden. Etwas anders steht es mit den neu eröffneten Bahnstrecken Köslin-Stolpe-Danzig, aber auch dort sind wir bereits zu einer Einnahme von 20,000 Thlrn. gekommen und spricht dies jedenfalls dafür, daß Pommern nicht weniger, wie die anderen Provinzen in der Lage ist, die Ausgaben für ein Eisenbahnnetz im Laufe der Zeit einigermaßen zu rentiren.

Was nun die viel bekrittelten Häfen an der Küste von Pommern betrifft, so bin ich allerdings nicht in der Lage, Namens der Staatsregiernng eine Garantie dafür zu übernehmen, daß dort Anlagen geschaffen werden, in welchen große Handelsflotten mit großem Tiefgang sich bergen können; soviel steht aber fest, daß man dort sehr wohl gut brauchbare Häfen herstellen und unterhalten kann, wenn man ähnlich verfährt, wie es in anderen Ländern der Fall ist, wenn namentlich diejenigen Häfen in Betracht gezogen werden, die vorhin bereits genannt worden sind: Dover, Calais, Dieppe u. s. w.; es wird also eine fortdauernde gute Unterhaltung und Verbesserung des Moolenbaues nothwendig sein; dies wird aber dahin führen, daß die Küsten mit Häfen versehen werden, die den Bedürfnissen des Landes in angemessener Weise entsprechen.

Meine Herren! Ich habe die Ehre gehabt, Ihrer Kommission eine Karte von Frankreich vorzulesen, auf welcher ich die Häfen nachgewiesen habe, die dort vorhanden sind; ich habe insbesondere den Beweis beigebracht, daß dort in Entfernungen von 8 bis 12 Meilen brauchbare Häfen existiren, und mit dem Hinterlande durch Eisenbahnen verbunden sind. Dagegen haben wir in Pommern ein Litorale von 40 Meilen, welches jeder solchen Verbindung entbehrt. Ich glaube nicht, daß dieser Zustand aufrecht erhalten werden kann. Es handelt sich hier nicht um die pommerschen Küsten, sondern um den preußischen Küsten sobald als möglich die nöthigen Verbindungen mit dem Hinterlande zu geben. Indem wir auf diese Weise unsere Handelsflotte unterstützen, und ihrer Ausbildung behülflich sind, unterstützen wir gleichzeitig die Kriegsmarine; denn die Handelsflotte bildet die Pflanzschule für die Marine. Aber das ist nicht allein der Grund, welcher die Staatsregierung bestimmt hat, die Vorlage einzubringen, ein zweiter liegt in der Aufforderung, welche in der Resolution enthalten ist, die an die Staatsregierung gerichtet ist, indem es darin heißt: es soll die Erweiterung des Staats-Eisenbahnnetzes in einer Weise eintreten, wodurch die wirthschaftliche Entwickelung sämmtlicher Landestheile befördert wird. Nur gerade hier liegt eine ganz besondere Veranlassung zur Entwickelung der Landestheile vor, und wir folgen nur dem Rufe, der an die Staatsregierung ergangen ist, indem wir diesen Theil der Vorlage einbringen. Betrachten Sie übrigens die Linien in ihrem Laufe, so wird Ihnen auffallen, daß sie in den besten und direktesten Verbindungen mit dem Hinterlande stehen, nämlich mit Schlesien und dem Kohlen-Revier und in den gesicherten Fortsetzungen der schlesischen Linien mit Oesterreich. Wenn nun auch der Verkehr mit Oesterreich kein lebhafter sein wird, so bilden derartige Verbindungen den Keim zu größerer Entwickelung.

Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß aus der Karte, die Ihnen mitgetheilt ist, hervorgehen wird, wie in diesem Augenblick in den östlichen Theilen der Monarchie fast nur Parallelbahnen existiren. Sie haben eine Linie an der Küste entlang, Sie haben die Ostbahn, Sie haben die neue Linie über Posen, Thorn nach Insterburg und außerdem eine Verkehrsverbindung durch eine ostwestliche Wasserstraße. Alle diese Linien liegen nahezu parallel mit einander; es fehlt aber fast gänzlich an Vertikalverbindungen, und diese müssen geschaffen werden, um von einem Bahnnetz zu dem anderen übergehen zu können. Die vorgeschlagene Linie erfüllt diese Aufgabe in solchem Maße, sie verbindet die schlesischen und von Posen ausgehenden Bahnen mit der Ostbahn, der pommerschen Zentralbahn, die hoffentlich doch auch noch zu Stande kommen wird, wie mit der Bahn an der Küste.

Ich darf mich zum Schluß an die Bemerkungen wenden, welche der Herr Abg. Kantak gegen die Richtung der Bahn gemacht hat. Ich betone zunächst, daß die Staatsregierung die Zusagen, welche sie in der Kommission gegeben hat, vollkommen aufrecht hält, Zusagen, die dahin gehen, daß die Bahn keineswegs abhängig gemacht werden soll von dem Betrieb der Stargard-Posener Bahn, also von einer Privatbahn, die allerdings unter Staatsverwaltung steht; sondern daß die Absicht dahin geht, die Züge in den Zentralbahnhof Posen einzuführen resp. von dort ausgehen zu lassen. Wenn derselbe Herr Redner nun, sofern ich recht verstanden habe, das Amendement Hundt v. Hafften befürwortet, wonach die Bahn über Rogasen geführt werden soll, und eine derartige Einschiebung in die Vorlage beantragt, so muß ich mich dagegen aussprechen.

Es unterliegt noch einer speziellen Untersuchung, welche Orte von der Bahn berührt werden sollen; so weit sich jedoch bis jetzt übersehen läßt, wird die Bahn in ziemlich direkter Richtung auf Schneidemühl geführt werden können und müssen. Die Bahn durch Posen selbst zu führen, muß die Staatsregierung von der Hand weisen, weil eine solche Lage mit bedeutenden Kosten verknüpft sein würde, und gerade bei dieser Bahn in erster Linie Oekonomie angezeigt erscheint. Ob dies gerade 2 Millionen Thaler oder etwas weniger kosten würde, darauf kommt es weniger an; wenn aber naturgemäß eine Eisenbahn von Posen nach Warschau durch Posen geführt wird, wenn ferner in derselben Weise eine Bahn von Posen nach Bromberg dereinst hergestellt wird, so würde dies einer Durchschneidung Posens von der in Rede stehenden pommerschen Linie nur hinderlich sein. Schon aus diesem Grunde muß es die Staatsregierung von der Hand weisen, die Bahn durch Posen zu bauen, um, wie beantragt, Rogasen zu berühren; ob letzteres dessenungeachtet geschehen wird, steht dahin, jedenfalls bedarf es noch weiterer Erwägung und Prüfung bei den speziellen Vorarbeiten.

In der Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 16. d. Mts. nahm in der Generaldiskussion über den Gesetzentwurf, die Eisenbahnanleihe betreffend, der Regierungs-Kommissar Ministerialdirektor Weishaupt nach dem Abg. Seelig das Wort:

Meine Herren! Nur wenige Worte, um die Diskussion nicht zu lange währen zu lassen. Zunächst will ich mich zu dem wenden, was der Herr Abgeordnete Hundt von Hafften angeführt hat. Derselbe erklärt, wenn ich ihn richtig verstanden habe, es für eine Nothwendigkeit und für einen berechtigten Anspruch der Provinz Posen, daß dieselbe resp. deren Hauptstadt direkt mit der Hauptstadt des Landes in Verbindung gesetzt werde, und schlägt zu diesem Zwecke die Ausführung einer Bahn von Posen nach Küstrin vor, indem er hervorhebt, daß die Märkisch-Posener Bahn sehr mangelhaft verwaltet sei und den berechtigten Ansprüchen des Publikums nicht genüge.

Meine Herren! Der gedachte Anspruch kann als solcher von der Staatsregierung für begründet nicht anerkannt werden. Es ist möglich, daß die Märkisch-Posener Bahn in diesem Augenblicke noch nicht in der Lage ist, alle Ansprüche und Wünsche zu befriedigen, die an sie gerichtet werden.

Wollte aber die Staatsregierung in Folge dessen schon jetzt dazu schreiten, ihr eine Konkurrenzbahn zu bauen, so würde dies natürlich der Ruin des kaum in das Leben getretenen Unternehmens sein. Im Uebrigen dürfte sich Posen über eine Vernachlässigung in Beziehung auf den Eisenbahnbau nicht beklagen können. Von Posen gehen bereits fast nach allen Richtungen der Windrose Bahnen, und es ist ja nach der Vorlage die Absicht, eine weitere Verbindung hinzuzufügen. Wenn nun der Herr Abgeordnete sich noch insbesondere darüber beklagt, daß die Staatsregierung nichts dazu thue, um Schienenstraßen nach dem Nachbarlande nach Polen resp. Rußland zur Ausführung zu bringen, wenn er meint, es würde sehr wahrscheinlich sein, daß von russischer Seite die Bahn von Warschau aus nach Slupce eher fertig werden würde, als die Bahn von Posen nach Slupce, so muß Ersteres entschieden in Abrede gestellt, Letzteres bezweifelt werden. Zunächst wird darauf aufmerksam gemacht werden dürfen, daß die Staatsregierung eine Bahn genehmigt hat, welche auch zur Ausführung gebracht worden ist: von Oels über Wartenberg nach der polnischen Grenze, fürs andere ist eine Bahn konzessionirt und im Bau von Marienburg nach derselben Grenze bei Mlawa, und die Staatsregierung würde sich ein Vergnügen daraus machen, auch eine Bahn zu konzessioniren von Posen nach Slupce an der polnischen Grenze, sobald die Fortführung derselben auf russischem Gebiete in Aussicht steht.

Dann meinte der Abg. Hundt von Hafften, es seien von mir in meiner gestrigen Erwiderung absichtlich, mit wissentlicher oder nicht wissentlicher Kenntniß, wie er sich ausgedrückt hat, die Wünsche und Anträge von Korporationen, Kreisen, Städten, selbst von Behörden bezüglich der Führung der Bahnlinie unberücksichtigt geblieben. Meine Herren, es ist dies nicht der Fall, im Gegentheil sind diese Wünsche, soweit sie zur diesseitigen Kenntniß gelangten, bis dahin bereits reiflicher Erörterung unterworfen worden und werden es auch bei den weiteren Untersuchungen sein. Wenn nun sogar darauf hingewiesen ist, daß die Intentionen des Herrn Kriegs-Ministers für die Wahl der Linie bei Posen nicht berücksichtigt worden wären, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Gesetzvorlage keineswegs nur von dem Handels-Ministerium oder Finanz-Ministerium ausgeht, sondern vorschriftsmäßig von dem ganzen Staats-Ministerium; daß demnach der Antrag auf Allerhöchste Ermächtigung zur Vorlage auch den Namen des Kriegs-Ministers trägt; es kann also nicht gegen die Intentionen desselben verstoßen, wenn in der Vorlage als End- oder Ausgangspunkt Rokietnia bezeichnet worden ist. Allerdings hat der Herr Kriegs-Minister den Wunsch und das Verlangen, daß die Züge von Posen abgehen, also nicht etwa Rokietnica als Knotenpunkt anzusehen ist. Aber schon gestern habe ich angeführt, daß die Staatsregierung gar nicht daran denkt, das Zwischenstück einer Privatbahn mit maßgebendem Einfluß in den Verkehr einzuschalten, sondern daß die Absicht dahin geht, die Züge von Posen ausgehen zu lassen, resp. dahin zu führen. Der Behauptung gegenüber, daß, sofern die Akten vorgelegt werden würden, in Bezug auf diesen Punkt noch manches hier Unerörterte zu Tage gebracht werden dürfte, so möchte ich den Herrn Abgeordneten bitten, die Akten einzusehen, er wird daraus entnehmen, daß die Staatsregierung nach allen Richtungen hin bona fide gehandelt und nicht die Neigung hat, irgend etwas zu unterdrücken oder zu verdunkeln.

Zu demjenigen, was der Hr. Abg. von Mallinckrodt gesagt hat, glaube ich nur bemerken zu dürfen, daß ich gestern nicht erklärt habe, es sei nothwendig, die Häfen an der pommerschen Küste demnächst noch mit größeren Moolenbauten ꝛc. zu versehen, sondern ich habe nur hervorgehoben, daß die Häfen in gleicher Weise wie andere, welche der Versandung ausgesetzt seien, z. B. an der französischen und englischen Küste, einer bezüglichen laufenden Unterhaltung bedürfen, womit natürlich von Zeit zu Zeit auch eine Verlängerung der Moolen verknüpft sei. Es ist das eine technische Thatsache, die allerdings dahin führt, daß derartige Hafenanlagen zur guten Instandhaltung gewisse Kosten verursachen, indessen ist dies Etwas, was mit in den Kauf genommen werden muß. Im Uebrigen glaube ich mich enthalten zu haben, die Zukuft der Eisenbahnen in Pommern etwa als rosig zu schildern. Ich habe mich darauf beschränkt, hervorzuheben an der Hand der Thatsachen, daß voraussichtlich die Provinz Pommern in gleicher Weise wie alle übrigen Provinzen in der Lage wäre, im Laufe der Zeit ein Eisenbahnnetz einigermaßen rentabel zu machen, wobei allerdings nicht verhehlt worden ist, wie ja auch die Vorlage andeutet, daß für den Anfang auf eine große Rente wohl kaum Rechnung gemacht werden darf. Wenn der Herr Abgeordnete hervorhebt, es sei nicht zu verwundern, daß die alte hinterpommersche Bahn nach Eröffnung von Köslin-Danzig, das heißt nach dem Uebergang aus einer Sackbahn in eine durchgehende Linie eine steigende Einnahme gehabt habe, die sich jetzt so weit erstreckte, daß sie das Dreifache der ursprünglichen betrüge, so möchte ich darauf hinweisen, daß allerdings nach der Eröffnung der Bahn von Köslin nach Danzig eine starke Steigerung der Einnahmen hervorgetreten ist, daß aber, wie ich auch gestern betont habe, sich schon vorher, ja von Anfang an eine stetige Entwickelung gezeigt hat, daß kein Jahr einen Rückschritt dokumentirte, vielmehr konstatirt werden konnte, daß die Provinz unter dem Einfluß der Eisenbahn sich einer merklichen inneren Verkehrsentwickelung, eines bedeutenden Aufschwungs zu erfreuen gehabt hat.

Es liegt nun nicht in der Absicht, die projektirten Bahnen überstürzend und stoßweise zur Ausführung zu bringen. Im Gegentheil, wie es auch in den Motiven ausgedrückt ist, glauben wir durch die bisherige und bevorstehende Bewilligung auf längere Zeit in den Stand gesetzt zu sein, in Ruhe die Mittel zum Ausbau des Staatseisenbahnnetzes zu verwenden, indem ich annehme, daß die 50 Millionen von Ihnen zugestanden werden. Wir werden Dispositionen tref-

fen, die dahin abzielen, daß einer Vertheuerung der Preise und Löhne durch unser Vorgehen vorgebeugt wird. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß ein solches ruhig und besonnen vorschreitendes Arbeiten ganz besonders dazu dient, daß die zum Bahnbau verausgabten Gelder der einheimischen Bevölkerung zu Gute kommen. Ich wende mich in diesem Punkte gegen die Vorwürfe, die von dem Herrn Abgeordneten Wehr gestern erhoben sind: daß die Bauten an der Ostbahn Schneidemühl, Dirschau und Thorn-Insterburg viel zu langsam vor sich gegangen seien. Der Herr Abgeordnete hat gemeint, daß die Art und Weise, wie die Ingenieure dort besoldet und mit Zulagen bedacht wären, eine Verzögerung in der Ausführung der Arbeiten hervorbringe, die Verzögerung gewissermaßen prämiire.

Wir haben bei diesen Bahnstrecken nicht mehr und nicht weniger Zeit gebraucht, als in den Motiven der Vorlage festgestellt worden war, wir haben nicht einmal die festgesetzten ganzen sechs Jahre nöthig gehabt; trotzdem, daß dabei eine große Weichselbrücke zur Ausführung gebracht ist und große Schwierigkeiten in Folge des Krieges dazwischen traten, ist es gelungen, die Zeitfristen einzuhalten und zwar mit einem so niedrigen Anlagekapital, wie es in der letzten Zeit nicht dagewesen ist, nämlich mit einer Summe von ca. 330,000 Thlrn. pro Meile. In Folge eben der vorsichtigen Art und Weise der Ausführung ist es gelungen, eine Bahn von 60 Meilen Länge so billig zur Herstellung zu bringen.

Es geht aus den Aeußerungen des maßgebenden Regierungskommissars hervor, wie die Regierung gegenüber den kritischen Beleuchtungen und Vorstellungen der posener Petitionen, welche wir seiner Zeit ausführlich mitgetheilt haben, ihre Projekte und Maßnahmen vertheidigt. Wir glauben, daß die Petenten sich nicht ganz widerlegt finden werden.

Deutschland.

△ **Berlin**, 20. Mai. Es ist bereits bekannt, daß für den Monat Juni die Einberufung mehrerer Provinziallandtage in Aussicht steht. Zunächst ist die Einberufung des Landtages der Rheinprovinz bereits erfolgt; in nächster Zukunft steht auch die Berufung des Provinziallandtages von Posen und der Kommunallandtage von Hessen und Hohenzollern bevor. — Aus Andeutung rheinischer Blätter geht hervor, daß die ultramontane Agitationspartei damit umgeht, nach der in Aussicht stehenden Ausweisung renitenter Geistlichen ein Hauptquartier für klerikale Umtriebe an der luxemburger Grenze zu errichten, und daß das Städtchen Echternach dafür ausersehen ist. Man darf annehmen, daß die Staatsregierung Mittel finden wird, dem Unternehmen, falls dasselbe zur Ausführung gelangen sollte, in geeigneter Weise entgegenzutreten. — Der Kronprinz hat im Namen des Kaisers, des Protektors der Stiftung „Nationaldank", ein Dankschreiben an die Direktion der Aachen-Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft dafür erlassen, weil sie in diesem Jahre wieder der Stiftung 1400 Thaler zugewendet hat, aus welcher Summe nach der Bestimmung der Geberin eine größere Zahl von Veteranen aus den Feldzügen 1813—15 eine außerordentliche Beihülfe erhalten hat. — Das „Deutsche Wochenblatt" wird, nachdem die freikonservative Partei die „Post" erworben hat, zu erscheinen aufhören.

Σ **Berlin**, 20. Mai. So ganz Unrecht hat Herr Scheele nicht, wenn er in Folge der neuen Organisation in der Eisenbahnabtheilung des preußischen Handelsministeriums sein Amt als Vorsitzender des Reichseisenbahnamtes niederlegt. Wenn man für ganz dieselben Dinge besondere Personen in Preußen und im Reich bestellt, müssen dieselben nothwendig einander brach legen und Einer mit dem Andern in Konflikt gerathen. Bisher lag das Schwergewicht bei der preußischen Eisenbahnabtheilung in der Verwaltung der Staatsbahnen. Bildet man nun eine besondere Abtheilung dort zur Beaufsichtigung der Privatbahnen, so ist das in umgekehrter Weise ebenso falsch, als wenn man zur Förderung der Justizreformen neben Leonhard noch einen besonderen Reichsjustizminister einsetzen wollte. Schon jetzt besteht ein wunderbares Verhältniß, insofern das Reichseisenbahnamt direkt mit den Privatbahnen korrespondirt und die zu deren Beaufsichtigung zunächst bestellten Eisenbahnkommissariate sich bei den Privatbahnen erkundigen müssen, welche Verfügungen ihnen vom Reichseisenbahnamte zugegangen sind. — Das Abgeordnetenhaus hat die ersten nach Maßgabe des neuen Oberrechnungskammergesetzes geprüften Rechnungen (pro 1871) erledigt. Die Oberrechnungskammer hatte 212 „Bemerkungen" zu den Rechnungen aufgestellt (die doppelte Zahl gegen das Vorjahr). Es sind darin nicht unerhebliche etatswidrige Verwendungen notirt, welche namentlich Graf Itzenplitz und Mühler sich haben zu Schulden kommen lassen. Eine Reihe von Sünden konnte nicht zum Vorschein kommen, weil der Etat, auf welchen sich diese Rechnungen beziehen, noch in sehr unklarer laxer Form aufgestellt war. Auch scheinen die alten durchweg hochbüreaukratischen Herren, welche die Oberrechnungskammer bilden, noch mehr nach ihren alten Gewohnheiten als im Geist des neuen Gesetzes zu arbeiten. Beispielsweise haben sie, angeblich um nicht zu viel unerhebliche Dinge mitzutheilen, nicht, wie es das Gesetz vorschreibt, sämmtliche Abweichungen von Finanzgesetzen dem Landtage mitgetheilt, auch eine Anzahl ordnungswidrig geleisteter Ausgaben als „außeretatmäßig" zu bezeichnen unterlassen, anscheinend weil sie sich in ihrer Rechtsauffassung durch „die großen politischen Ereignisse" im einzelnen Falle mitbestimmen lassen. Jüngst mußte es das Abgeordnetenhaus auch rügen, daß die Oberrechnungskammer ein gegen das Gesetz verstoßendes Regulativ erlassen hatte. Das Abgeordnetenhaus hat gestern gegen die von ihm unabhängige Behörde einige „Wünsche" ausgesprochen, auch die Rechnung nur mit einigen Vorbehalten dechargirt. Freilich fehlt es der Landesvertretung an jeder Exekution zur weiteren Verfolgung von Willkür und Verschleuderung bei der Verwaltung. Somit ergaben sich immer neue Momente, welche es räthlich machen für den Reichstag, die noch provisorische Organisation des Reichsrechnungshofes auf eine vollkommene Grundlage zu stellen. Auch die Ernennung der Mitglieder der Behörde auf Vorschlag ihres Präsidenten hat sich unter dem gegenwärtigen Präsidenten nichts weniger als bewährt. Man wird auf die Forderung der Präsentation durch die Volksvertretung im Reiche zurück kommen müssen. — Die Universität Berlin hat sich direkt an das Abgeordnetenhaus gewandt, mit der Bitte, ihm das benachbarte Finanz-Ministerium zu überlassen und zur Unterbringung des Letzteren das Radziwill'sche Palais in der Wilhelmsstraße neben dem auswärtigen Amt anzukaufen. Die beiden Fürsten Radziwill wollen sich nämlich untereinander und mit ihren 12 Geschwistern auseinandersetzen. Schwerlich bleibt nach einer Theilung Jemand reich genug, um das Palais im Werthe von über einer Million, zu behalten. Die Budgetkommissior hat es indeß abgelehnt in dieser Frage die Initiative zu ergreifen. — Durch eine vom Abgeordnetenhause angeordnete Untersuchung sind arge Wahlbeeinflussungen zu Tage gekommen, welche sich Fürst Bismarck und durch dessen Veranlassung der Kösliner Regierungspräsident in der Umgegend von Varzin gegen die altkonservative Partei hat zu Schulden kommen lassen. Man bezeichnete die Wiederwahl von Gottberg und Denzin als Kriegserklärung gegen die Regierung, nach welcher die Gegend in Betreff von Eisenbahnen (inzwischen bewilligt) und Chausseen keinerlei Berücksichtigung mehr erwarten dürfe. Vermuthlich wird in Folge dessen das Abgeordnetenhaus die dort auf den Minister Delbrück und Kette gefallene Wahl für ungültig erklären. — Die Mitglieder der Landtagsfraktion der Fortschrittspartei haben an Löwe, aus Anlaß seines 25jährigen Präsidenten-Jubiläums (1849 Nat.-Vers.) eine kurze Adresse gesandt, welche die damaligen Ereignisse und seine spätere Verbannung erwähnt, ohne indessen die jüngsten Vorkommnisse im Reichstage und Löwes gegenwärtige politische Stellung irgendwie zu berühren.

DRC. Der kirchliche Gerichtshof hielt heute wiederum eine Sitzung. Zur Verhandlung gelangte die mehrfach erwähnte Angelegenheit des evangelischen Pastors Krusewitz in Apensen in Hannover. Der Pfarrer Krusewitz war von dem Landeskonsistorium der Provinz Hannover wegen seiner kirchlichen Ansichten vom Amte suspensirt worden, so zwar, daß er sein bisher bezogenes Gehalt auch ferner forterheben, aber die geistlichen Funktionen selbst nicht ausüben durfte, sondern gezwungen war, hierzu auf seine Kosten einen Stellvertreter zu halten. Gegen dieses Erkenntniß hatte der Pastor Krusewitz bei dem königl. Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten Berufung eingelegt und gelangte diese Angelegenheit heute Mittag zur Verhandlung. Der Pastor Krusewitz war selbst erschienen und führte seine Sache persönlich. Das Ministerium hatte keinen Vertreter entsendet und der Gerichtshof erkannte schließlich nach längerer Berathung auf Vernichtung des Erkenntnisses des Konsistoriums. Pastor Krusewitz wird somit seine Funktionen demnächst wieder beginnen.

— Die Wohnung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses wird mit dem 1. Oktober d. J. aus der ersten Etage des Becker'schen Hauses in der Leipziger Straße Nr. 77 (neben dem Abgeordnetenhause), wo sie sich seit dem Bestehen des Abgeordnetenhauses befindet, verlegt, doch ist eine neue Wohnung noch nicht gefunden. Die Verlegung erfolgt, weil man den jetzigen Eingang zu dem Hause, in welchem sich die Reichshallen befinden, nicht recht passend für die Präsidialwohnung fand, abgesehen davon, daß der bisherige Miethspreis von 2000 auf 6000 Thaler gesteigert werden sollte. Bei der Erbauung eines Reichstags- und Landtagshauses ist von vorn herein auf die Anlage der Präsidentenwohnungen Bedacht genommen; man wird jedoch darauf gefaßt sein müssen, das jetzige in vielfacher Weise sehr unbequeme Mieths-Verhältniß mindestens noch ein Jahrzehnt forterhalten zu müssen.

— Die siebente Deputation des Kriminalgerichts publizirte am Dienstag Mittag das Urtheil in dem Prozesse gegen den sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten Most. Es lautet auf: Schuldig der Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung gegen einander, auf Nichtschuldig der Beleidigung von Mitgliedern der Armee; das Strafmaß beträgt anderthalb Jahre Gefängniß. In den Urtheilsgründen wurde u. A. ausgeführt, daß der Gerichtshof den vom Angeklagten selbst angezogenen Spruch: „Fiat justitia", der von allen preußischen Gerichten aufs Strengste respektirt werde, auch seinerseits zur Richtschnur genommen. Der Angeklagte habe sich bezüglich der Verherrlichung der pariser Kommune in der Rede vom 23. März auf die Rede- und Lehrfreiheit berufen. Die Redefreiheit sei aber an gewisse Grenzen gebunden, und was die Lehrfreiheit anlange, so könne dieselbe nur in Anspruch genommen werden, wenn der Vortrag ganz objektiv, ganz doktrinär und namentlich ganz ohne politische Färbung bleibe. Diese Eigenschaften habe aber der Vortrag selbst nach dem vom Angeklagten überreichten Exposé nicht; er sei getragen und gestützt von der Idee des Sozialismus, er stelle sich ganz und voll auf den Standpunkt der Kommune. Die Rede würde straflos gewesen sein, wenn sie in der Versailler Nationalversammlung oder vor einer Versammlung von Geschichtsforschern oder von Gegnern der Kommune gehalten wäre; allein eine so fulminante Rede vor erregten Parteigenossen reize ganz gewiß die Kommunalisten zu Gewaltthätigkeiten gegen die Bourgeoisie an, und da der Angeklagte selber die Kommunalisten mit den deutschen Sozialdemokraten identifizirte, so falle die Rede auch unter § 130 des deutschen Strafgesetzbuchs. Die Aeußerung: „Das stehende Heer sei eine nichtswürdige Institution", sei dagegen eben so wenig beleidigend, wie die Bezeichnung der indirekten Steuern als unsittliche.

Breslau, 20. Mai. In der Diözese Breslau ist es, wie der „Post" berichtet wird, in der letzten Zeit mehrfach vorgekommen, daß Kapläne, welche der Fürstbischof anstellen wollte, demselben erklärt haben, sie wünschten dies nicht, um mit den Staatsgesetzen in keinen Konflikt zu kommen. Dies und das Bedürfniß des Fürstbischofs selbst, mit dem Staatsanwalt in weitere Berührung nicht zu kommen, hat die Praxis in der Diözese entwickelt, daß Kapläne gar nicht mehr angestellt werden, sondern mit Urlaub vom Bischof sich hinwenden, wohin sie wollen und sich beschäftigen, wie es geht. Der Widerstand und der Eifer der Ultramontanen in Schlesien reicht nicht entfernt an die Vorkommnisse in Rheinland und Westfalen heran.

Breslau, 21. Mai. Am heutigen Tage sind es funfzig Jahre, daß der Geheime Regierungs-Rath Bürgermeister Dr. Karl Friedrich Eduard Bartsch als Auskultator bei dem hiesigen königlichen Oberlandesgerichte in den Staatsdienst trat, um denselben nach

In Sachen Gounod contra Wagner.

Mit Bezug auf das in Nr. 243 unserer Zeitung veröffentlichte Feuilleton „Gounod über Beethoven" spricht uns ein anonymer „Kreis alter Leser der Posener Zeitung, die Wagner wenigstens nicht ungerecht angegriffen wissen möchten", seine Verwunderung über den Abdruck aus, da unsere Zeitung bisher die jungdeutsche Richtung in der Musik unterstützt habe. Das Letztere wird aus den Rezensionen unseres H.-Referenten gefolgert. Wir entgegnen darauf, daß wir den Gounod'schen Brief nur als eine bemerkenswerthe Auslassung eines französischen Komponisten aufgenommen haben, welche, wie wir sagten, unsere musikalischen Leser interessiren wird, gleichviel ob sie jene Anschauungen verdammen oder theilen. Daß wir der Wagner'schen Musikrichtung nicht feindlich gesinnt sind, geht ja daraus hervor, daß wir unserem Musikreferenten vollen Spielraum lassen, seine Vorliebe für dieselbe in unserem Blatte zum Ausdruck zu bringen. Als Leiter eines politischen Blattes aber haben wir keine Veranlassung, für die eine oder andere Kunstrichtung Partei zu nehmen, wir können mit aller Unparteilichkeit bemerkenswerthe Urtheile von der einen wie von der anderen Seite bringen, und thun dies auch. Unter diesem Gesichtspunkte nehmen wir heute von einer Erwiderung Notiz, welche der „Volkszeitung" von einem Wagnerfreunde zugegangen ist. Derselbe schreibt: Gounod möge den im Leipziger Wochenblatt enthaltenen Aufsatz Wagners über den fraglichen Gegenstand lesen, dann wird ihm nicht wohl zu Muthe werden, wenn er bemerkt, wie pietätvoll Wagner bei Begründung seiner Meinung zu Werke gehe. Es wird ihn interessiren, daß W. jene von Habeneck moderirte Stelle für geradezu unverständlich erklärt, wenn die Geigen dort nicht mezzoforte streichen. Wagner sagt: „Ich rufe jeden Musiker auf, mit gutem Gewissen zu behaupten, ob er diese Melodie jemals in Orchesteraufführungen deutlich gehört habe, ja ob er sie nur kennen würde, wenn er sie nicht aus der Lektüre der Partitur oder des Klavierauszuges entnommen hätte?" — „Zu einer Abänderung konnte ich mich noch nicht entschließen, weil ich dem Uebelstand durch rein dynamische Mittel beizukommen verhoffte." Wagner glaubt, daß Beethovens Taubheit nur dieser Mangel der Deutlichkeit entgangen sei und schlägt nun versuchsweise vor, die schwachen Stimmen der Holzbläser durch Hinzunahme der Hörner zu verstärken; denn das Mäßigen des Geigerchors schwächt die Wirkung der offenbar wild hinbrausenden Stelle in ihrem Charakter ab.

Theaternachrichten.

Der General-Intendant v. Hülsen begiebt sich am 20. d. M. zu einem 14tägigen Aufenthalt nach Wien. Wie der „B. B. Cour." wissen will, beabsichtigt er daselbst u. A. die dramatische Sängerin des Hof Operntheaters in Wien, Frau Friedrich-Materna, für die berliner Hof Oper zu gewinnen. Berlin hat wieder einmal Aussicht, eine italienische Oper zu erhalten. Der Direktor der italienischen Oper in Paris und Newyork, Maurice Strakosch, will dort nämlich eine italienische Oper ersten Ranges etabliren, wie sie in London, Paris, Newyork und Petersburg seit Jahren heimisch ist. Es sind zu diesem Behuf bereits Unterhandlungen im Gange, um zunächst eines der bestehenden Theater ausschließlich für die italienische Oper übernehmen und jeden Winter eine regelmäßig wiederkehrende 3—4-monatliche Saison veranstalten zu können. Herr Maurice Strakosch will nicht nur die älteren italienischen Meisterwerke zur Aufführung bringen, sondern auch klassische Opern, wie Don Juan, Hochzeit des Figaro, Zauberflöte, Cosi fan tutte, seinem Repertoir einverleiben. Einstweilen feiert der italienische Tragöde Rossi im Viktoriatheater große Triumphe. Das Publikum war anfangs ein wenig kühl, hat sich aber nach und nach für ihn erwärmt. Zugleich wird gemeldet, daß ein junger italienischer Schauspieler, Sgr. Gaetano Campo, für dessen Ausbildung sich die Frau Kronprinzessin besonders interessirt, das Interesse der berliner Kunstwelt in hohem Grade in Anspruch nimmt. Der junge Mann war ursprünglich ein vorzüglicher Geiger, mußte aber der Ausübung dieser Kunst wegen eines nervösen Handleidens entsagen. Er giebt jetzt an jedem Sonntage bei dem Musikdirektor Wichmann vor einem geladenen Zuschauerkreise Vorstellungen im Kostüm, wobei man wiederholt den Professor Werder und den Abg. Reichensperger bemerkt hat. Sgr. Campo versuchte, wie man hört, vergebens während des Rossi'schen Gastspiels am Viktoria-Theater aufzutreten. Es soll ihm die Zusage geworden sein, im Herbst einige Gastrollen im k. Schauspielhause zu geben.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater gastirt noch immer die meininger Hoftheatergesellschaft. Blüht das Geschäft so weiter wie bisher, so wird der Unternehmer, der bekanntlich der Herzog von Meiningen selbst sein soll, nicht nur auf die Kosten, sondern auch über die Kosten kommen. Die Gesellschaft hat bis jetzt, bis auf wenige Unterbrechungen durch Mindings „Papst Sixtus V.", unablässig den „Julius Cäsar" gespielt; zur Abwechselung soll nun „Was ihr wollt" an die Reihe kommen. Im Sommertheater der Friedrich-Wilhelmstadt kommt am Sonnabend „Mamsell Angot" zur hundertsten Aufführung, der ein Prolog von Dohm vorangehen wird.

Das berliner Polizei-Präsidium beschäftigt sich augenblicklich mit einer Sichtung der seit der neuen Gewerbeordnung massenhaft ertheilten Theater-Konzessionen. Nach § 49 des Gesetzes sind solche Konzessionen, sofern sie nicht an eine kürzere Frist gebunden sind, von selbst erloschen, sobald der Inhaber nach Empfang der Konzession ein ganzes Jahr verstreichen läßt, ohne davon Gebrauch zu machen. Seit dem 1. Oktober 1869 sind nun in Berlin ca. 480 Personen vom Polizei-Präsidium als Theater-Unternehmer konzessionirt worden und da nicht anzunehmen ist, daß dieselben sämmtlich Theater gegründet haben, so beabsichtigt diese Behörde allen Denjenigen, bei welchen dies nicht zutrifft, die Konzession wieder abzunehmen. Außerdem aber soll für die Folge die Frist zum Gebrauch machen der Konzession in jedem einzelnen Falle auf mindestens drei und höchstens sechs Monate gestellt und die Bedingungen für Theaterbauten in feuer- und sanitätspolizeilicher Hinsicht strenger als bisher gehandhabt werden.

Im Prozeß der deutschen Genossenschaft dramatischer Autoren und Komponisten gegen den Direktor des leipziger Stadttheaters Friedrich Haase ist jetzt das Erkenntniß des Reichs-Oberhandelsgerichts veröffentlicht worden. Dasselbe ändert das zweitinstanzliche Erkenntniß bezüglich eines formellen Punktes ab, bestätigt aber im übrigen die vorige Entscheidung, so daß die Klage der deutschen Genossenschaft bis auf fünf zum Beweis ausgesetzte Aufführungen dramatischer Werke als abgewiesen zu betrachten ist. Die Kosten der beiderseitigen Rechtsmittel sind zwischen den Parteien kompensirt.

Am 11. d. sollte in München das öffentliche Wiederauftreten des Fräul. Klara Ziegler erfolgen. Dasselbe unterblieb jedoch, weil die Künstlerin sich mit der Intendanz überworfen hat. Ueber den Anlaß des Zwiespaltes wird offiziös berichtet: Fräul. Klara Ziegler, welche jährlich einen kontraktlichen Urlaub vom 15. März bis 15. September genießt, machte während ihrer Erkrankung dem königlichen General-Intendanten unaufgefordert das Anerbieten, sie wolle in diesem Jahre auf einen Theil dieses Urlaubes (und zwar vom 15. März bis 15. Juni) verzichten. Fräul. Ziegler erklärte hierbei, sie fühle sich zu dieser Handlungsweise gedrungen aus Rücksicht auf das Publikum, das durch ihre langwierige Krankheit hinsichtlich der Mannigfaltigkeit des Repertoirs nicht unwesentlich verkürzt worden sei, und als weiteren Grund gab sie an, daß sie sich hierzu der königlichen Intendanz gegenüber verpflichtet fühle, weil diese während ihrer fast 12monatlichen Dienstesunthätigkeit (sechs Monate infolge des Urlaubes und sechs durch Krankheit, während welcher Zeit Fräul. Ziegler ihren Gehalt ungeschmälert bezog) keinen Gast ihres Faches kommen ließ. Als nun nach Genesung des Fräul. Ziegler die königliche Hoftheater-Intendanz, von diesem Versprechen Gebrauch machend, dem Fräul. Ziegler die nur zwei einhalb Bogen große Rolle der Königin Margarethe für eine drei Wochen später projektirte Aufführung von Richard III. zum Neustudiren zuschickte (die nach den Theatergesetzen stipulirte Zeit zu Erlernung dieser Rolle beträgt nur 8 Tage) erklärte Fräul. Ziegler schriftlich, „sie könne neue Rollen nicht erlernen, so lange die Morphin-Einspritzungen, denen sie sich täglich noch mehrere Male zu unterziehen habe, fortdauerten, und müsse außerdem der königlichen Hoftheater-Intendanz in Erinnerung bringen, daß sie sich seit 15. März in kontraktlichem Urlaube befinde und daß ihr jetziges Auftreten wohl nicht anders als ein Akt der Zuvorkommenheit und Konvenienz zu betrachten sei." Die königliche Hoftheater-Intendanz sah sich in Folge dieser Erklärung genöthigt, auf die außerkontraktliche Thätigkeit des Fräul. Ziegler zu verzichten, da sie sich nicht in der Lage befindet, von Fräul. Ziegler einen Akt der Gefälligkeit und Konvenienz anzunehmen, ganz abgesehen davon, daß die königliche Hoftheater-Intendanz durch diese Erklärung des Fräul. Ziegler völlig außer Stand gesetzt wurde, irgend eine Repertoir-Disposition zu treffen, bei der auf eine regelmäßige Dienstthätigkeit des Fräul. Ziegler zu rechnen wäre.

wenigen Jahren als „gelehrter Stadtrath“ mit dem Kommunaldienst zu vertauschen, welchem er seitdem unverbrüchlich treu geblieben ist. Die „Schles. Ztg.“ schreibt über ihn in einem längeren pietätvollen Artikel:

Was den Herrn Jubilar der Einwohnerschaft Breslaus lieb und werth macht, ist nicht allein seine unermüdliche Arbeitskraft und seine skrupulöse Pflichttreue, sondern namentlich sein aufrichtiger Bürgersinn und die Anhänglichkeit an seine Vaterstadt Breslau. Wo möglich der Erste im Bureau und der Letzte aus demselben, dient der gegenwärtige hochbejahrte Bürgermeister der Hauptstadt Schlesiens heute seinen Kollegen und den Magistratsbeamten noch ebenso als Muster der Pünktlichkeit, wie vor Jahrzehnten als junger „gelehrter Stadtrath“ oder als Syndikus und darf, wie wenige Andere neben ihm, seine Untergebenen auf sein eigenes Beispiel verweisen. Ein Repräsentant jenes altpreußischen Beamtenthums, welches sich nach oben durch seinen Freimuth und nach unten durch seine strenge Gewissenhaftigkeit des allgemeinsten Vertrauens würdig machte und sich auch im Auslande des vortheilhaftesten Rufes erfreute, hat sich Herr Dr. Bartsch in seiner amtlichen Thätigkeit stets jene Selbständigkeit des Urtheils und des Charakters zu wahren gewußt, welche seine Mitbürger mit unbedingtem Zutrauen zu der Redlichkeit seiner Absichten und sein^ vorgesetzten Behörden mit hoher Achtung vor der Reinheit und Unantastbarkeit seiner Gesinnung erfüllte.

Münster, 17. Mai. Am 15. d. M. haben vor dem hiesigen Kreisgericht die Verhandlungen wegen der Demonstrationen stattgefunden, die am 28. Februar und 1. März in Veranlassung der dem Bischofe abgeholten Möbel sich hier ereignet haben. Von den neun Angeklagten wurde einer freigesprochen, die übrigen wurden zu Gefängnißstrafen von verschiedener Größe verurtheilt.

Dresden, 19. Mai. Wie die „Dresd. Nachrichten“ mittheilen, sind die Redakteure der „Presse“, Dr. Doehn und Neumann, infolge der ihnen wegen Beleidigung der sächsischen Regierung zuerkannten mehrwöchigen Gefängnißstrafe, die jedoch im Gnadenwege in eine mehrtägige Haft- und entsprechende Geldstrafe verwandelt worden ist, von der Polizei ausgewiesen worden, nachdem sie ihre Strafen verbüßt haben. Wenn man annehmen darf, daß diese Polizei auf höhere Anordnung gehandelt hat, so ist die Maßregel grade auch kein Beweis gegen die reaktionären Neigungen der sächsischen Regierung. Die „Dresd. Pr.“ meldet übrigens, daß die Herren gegen die Verfügung vorstellig geworden sind.

Oesterreich.

Wien, 19. Mai. Graf Andrassy sprach in seiner großen Rede in dem Budgetausschuß der österreichischen Delegation bekanntlich die Hoffnung aus, der Vatican werde den confessionellen Gesetzen gegenüber Frieden halten und der Regierung keine ernsten Schwierigkeiten bereiten. In demselben Sinne sind die Correspondenzen der hiesigen Preßbureau-Gallopins abgefaßt. Leider jedoch beruht diese Hoffnung auf Selbsttäuschung, oder auf einem erkünstelten Optimismus, der Andern etwas weiß machen will. Wer Rom kennt, der weiß ohnedies, daß man dort nicht im Zeitraum von acht Wochen seine Ansichten wechselt und dem Kampf, den man selber provocirt hat, dann feige ausweicht, noch ehe er begann. Die Encyclica vom 7. März hat ja den österreichischen Episcopat viel mehr geradezu aufgefordert, eine Agitation zum Widerstande gegen die confessionellen Gesetze mit allen irgend verfügbaren Mitteln einzuleiten; und alle Zeichen deuten darauf hin, daß es dabei allerdings sein Bewenden hat. Sie wissen, schreibt ein Korrespondent der „Voss. Ztg.“, welche Verlegenheiten der lemberger griechisch-unirte Erzbischof Sembratovicz der Regierung durch die Disziplinirung der ruthenischen Geistlichen, die zugleich Abgeordnete sind, bereitet hat. Nunmehr fragte der neue Nuntius, Monsignore Jacobini, bei dem Grafen Andrassy ganz gemüthlich an, ob man in Wien etwas dagegen einzuwenden habe, wenn der Papst diesem Metropolitan das Kardinalsbarett verleihe? Die Absicht zu verletzen, liegt hier um so klarer vor, als sich ja eben erst ein Regen von rothen Baretten über Oesterreich-Ungarn — Tarnoczy, Simor, Falcinelli — ergossen hat. Der Minister soll denn auch in aller Höflichkeit bemerkt haben, daß er für die freundliche Intention dankend quittire und daß die Regierung auf keinen Fall im gegenwärtigen Momente den Steuerträgern die Zumuthung stellen könne, die üblichen 8000 Fl. jährlicher Tafelgelder für einen neuen Kardinal zu zahlen, der um des Verdienstes willen bei den Angriffen auf die Gesetze des Landes die Vorhut zu bilden, präkonisirt worden sei — Die wiener Arbeiterverhältnisse gewähren derzeit ein eigenthümliches Bild. Nicht leicht in einer Stadt waren die Ansprüche der Arbeiter so hoch geschraubt wie in Wien. Ein einfacher Setzer bezog Revenuen wie kaum ein deutscher Professor. Die meisten Fabriken haben nun ihren Betrieb herabgesetzt. Auch die 25jährige Steuerfreiheit hat die Baulust nicht wieder erweckt. Trotzdem sind die Arbeitslöhne bisher noch nicht irgendwie namhaft gesunken. Der Grund dieser Erscheinung liegt in der Organisation der wiener Arbeiter. Dem Arbeitslosen werden die Mittel gewährt, um Wien verlassen und nach einem andern Orte, wo noch Arbeit vorhanden ist, schlimmsten Falles nach seiner Heimath zurückkehren zu können. Lange werden allerdings diese Palliativmittel nicht aushalten, endlich wird denn doch eine Reduktion der Arbeitslöhne eintreten, wenngleich dieselbe nicht leicht so weit gehen dürfte wie in anderen Staaten.

Frankreich.

Paris, 19. Mai. Thiers war gestern bei Mac Mahon, um ihm eine Auseinandersetzung zu machen und ihm nachzuweisen, daß nichts übrig bleibe als die Auflösung der Kammer. Léon Say hat bis jetzt nicht seine Zustimmung gegeben, ins Kabinet Goulard zu treten. Mac Mahon scheint noch immer nicht zu wissen, was er thun soll. Seine Intimen versichern, er wolle nur Minister aus dem rechten Zentrum und den Mitgliedern des linken Zentrums nehmen, welche von Thiers nicht vollständig gewonnen seien. Die Lage ist jedenfalls äußerst verworren und die Lösung läßt sich nicht absehen. Die Militärpartei dringt in den Marschall, den Knoten zu durchhauen. Man glaubt jedoch nicht, daß der Marschall aus der Gesetzlichkeit auszutreten wagen wird. Auch der Ex-Vicekaiser Rouher war heute bei Mac Mahon, um ihn zu bestimmen, in der Kammer den Antrag zu stellen, sie möge Berufung an das Land einlegen. Es ist unbegründet, daß der Graf Chambord seit Freitag in Versailles weilt. — Fürst und Fürstin Hohenlohe verbrachten die Nacht in Straßburg, treffen 9 Uhr Abends in Paris ein und steigen im Hotel Meurice ab. Die Gräfin Arnim wohnt mit ihren Kindern seit drei Tagen im nämlichen Hotel und reist Ende der Woche ab. Graf Arnim wird nicht nach Paris zurückkommen, um sie abzuholen. — Morgen findet ein Duell zwischen dem Fürsten Metternich und dem Herzog von Montebello, der früher Imperialist war, jetzt aber wieder zu den Royalisten hinneigt, statt. Anlaß zu dem Duell gab die Fürstin Metternich, die, als der Herzog sie am Sonnabend in einer Gesellschaft bei der Gräfin Pourtales grüßte, ihn mit den Worten anfuhr: „Je ne salue pas ceux, qui mangent à tous les râteliers.“ (manger á tous les râteliers, — aus allen Krippen fressen — ist eine französische Metapher, welche charakterloses Streberthum bezeichnet. Der Sinn der Worte der Frau Fürstin Metternich ist also: Ich grüße Sie nicht, weil Sie ein politischer Schmarotzer sind.) Der Herzog forderte in Folge dessen den Fürsten Metternich, der auch annahm. Hier wird es übel vermerkt, daß die Ex-Mitglieder des österreichischen diplomatischen Corps sich solche Dinge herausnehmen. — In Lorient wurden gestern sieben republikanische Gemeinderäthe gewählt. Sie erhielten 3330 Stimmen. Die Monarchisten hatten keine Kandidaten aufgestellt.

Paris, 20. Mai. Der „Soir“ erfährt über die Ministerkrisis noch Folgendes:

„Unmittelbar nach der Sitzung hätte der Marschall Mac Mahon Hrn. v. Goulard zu sich rufen lassen. Gerüchtweise werde auch Herr Dufaure für die neue Kombination genannt. Herr Raoul Duval soll die Absicht haben, folgenden Antrag einzubringen: Die Nationalversammlung beschließt, sich sofort aufzulösen. Die Wähler werden in kürzester Form zu einem Plebiscit über die Regierungsform: Kaiserreich, Königthum oder Republik. Acht Tage nach diesem Votum soll zu der Wahl einer Kammer geschritten werden, welche die durch das Plebiscit eingesetzte Regierung zu organisiren hätte. Ein Ministerium, bestehend aus vier Republikanern, zwei Royalisten und zwei Bonapartisten soll diese doppelte Einberufung der Wähler zu leiten haben.“

Der „Français schreibt:

„Wir kennen noch nicht das neue Kabinet, aber wir wissen, was es thun muß: vor Allem muß es die siebenjährige Regierung des Marschalls organisiren. Was sich am Sonnabend ereignete, bewies die Unsicherheit, welche das Uebel unseres politischen Zustandes ist, aber auch die Nothwendigkeit dieser Lösung. So schnell als möglich sind das Wahlgesetz und das Gesetz über die neue Kammer zu votiren; sonst kommt die sofortige Auflösung, und zwar die Auflösung, ohne daß etwas vorbereitet ist, um schrecklichen Gefahren vorzubeugen. Der erste Schritt des Kabinets ist also, von der Kammer zu verlangen, das Wahlgesetz auf ihre Tagesordnung zu setzen und die Prüfung des Gesetzes betreffs der zweiten Kammer vorzunehmen. Wir sichern ihm die Unterstützung der 317 Deputirten zu, welche am Sonnabend für das Kabinet votirten und welche nach ihrer Niederlage fester zusammenhalten denn je. Das neue Ministerium wird an der Spitze dieser 317 den Herzog von Broglie und die übrigen Minister finden. Ein Theil der Mitglieder des linken Zentrums und der äußersten Rechten, welche am Sonnabend aus persönlichem Groll gegen die Regierung stimmten, werden sich auch auf ihre Seite stellen. Wir glauben daher, daß auf diesem Boden Alles wieder gut gemacht werden kann. In allen Fällen giebt es keinen anderen Ausweg. Die Kammer muß zwischen den konstitutionellen Gesetzen oder der Auflösung wählen, d. h. zwischen dem Marschall Mac Mahon mit einer konservativen Regierung oder den radikalen und cäsarischen Abenteurern.“

Im „Journal de Débats“ bringt es John Lemoin in seinen Betrachtungen über die Situation zu folgenden Schlüssen:

„Das Septennat ist nicht organisirt und wird nicht organisirt werden, mag sein; aber es besteht deshalb nicht weniger als eine Thatsache. Die Konservativen, die Royalisten sind diejenigen, welche zuerst die Präsidentschaft, hierauf die siebenjährige Regierung eingeführt haben. Heute sind sie über das, was sie angestellt haben, höchlich erstaunt, aber sie vermögen nichts mehr dagegen zu thun; sie können einen Stillstand herbeiführen, nicht aber das Geschehene ungeschehen machen. Andererseits ist die zufällige Koalition, der das Ministerium erlegen ist, nicht im Stande, eine Majorität zu gründen, die eine andere Regierung ins Leben zu rufen oder aufrecht zu erhalten vermöchte. Die Republikaner aller Schattirungen bleiben in dieser Assemblee immer in der Minderzahl, und wenn sie es versuchen wollten, organische und konstitutionelle Gesetze aufzustellen, würden sie sich sofort einer neuen Koalition gegenüber befinden. Der Hauptcharakter dieser Versammlung, die sich für eine Konstituante ausgiebt, liegt in ihrer Ohnmacht, zu konstituiren, und der Weg von der Unmöglichkeit, zu handeln, zu der Unmöglichkeit, zu leben, ist, das liegt auf der Hand, sehr kurz. Wenn die freiwillige Auflösung schneller erfolgt, als man erwartete, so darf man die Schuld nicht auf einen Druck von außen wälzen; die Nationalversammlung selbst wird damit ihre Lebensunfähigkeit bekannt haben. Sie hat weder die Monarchie, noch die Republik schaffen können, nun muß sie eine letzte Anstrengung machen, um zu wollen, wenn sie aber nicht weiß, was sie will, so bleibt ihr nur das letzte Mittel übrig: die Nation zu befragen.“

Die mit der Regelung der Bisthumsgrenzen zwischen Deutschland und Frankreich beauftragte französisch-deutsche Kommission hat in Paris ihre Sitzungen eröffnet. Ihre Mitglieder sind Staatsrath Despree, Direktor der politischen Angelegenheiten im Ministerium des Auswärtigen, Staatsrath Tardif, Abtheilungs-Direktor im Kultusministerium, der deutsche Botschaftsrath Graf Wesdehlen und der Vizepräsident von Elsaß-Lothringen, Herr Ledderhose.

Großbritannien und Irland.

London, 18. Mai. Die französische Ministerkrisis beschäftigt momentan die hiesigen Blätter ausschließlich. Die „Times“ ist über den Fall des Kabinets Broglie gar nicht erstaunt, und glaubt, daß die plötzliche und entschiedene Niederlage desselben Niemanden, der sich außerhalb Paris und Versailles befinde, überraschen könne. Auf die Folgen der Krise übergehend meint das Blatt:

„Der Unterschied zwischen Herrn de Goulard (den muthmaßlichen Nachfolger des Herzogs von Broglie) und dem Herzog von Broglie ist, es muß zugegeben werden, wenig mehr als ein nomineller, nnd die Ersetzung des einen durch den andern verspricht Permanenz in der Regierung nur unter der Bedingung, daß dadurch die konstitutionellen Pläne, zu welchen der Herzog von Broglie hoffnungslos verpflichtet war, für unbestimmte Zeit bei Seite gelegt werden. Wenn Herrn von Goulard gestattet wird, nichts zu thun, dann mag er eine beträchtliche Zeit am Ruder bleiben, aber die Schwierigkeit, solch eine Politik durchzuführen, wird durch die Ruhelosigkeit der Nationalversammlung erschwert, wenn nicht gänzlich verursacht. Die Mehrzahl der Deputirten, obgleich uneinig über jeden möglichen Plan konstitutionellen Wiederaufbaus ist immer bereitwillig ein Votum abzugeben, daß die Rekonstruktion „dringlich“ sei, und nicht eher darf man von ihnen erwarten, daß sie von ihrem thörichten Geschrei ablassen, als bis sie einsehen, daß ihre inneren Zwistigkeiten ein Uebereinkommen unmöglich machen. Da das Resultat mehr eine Veränderung der Namen als der Parteien ist, verdient als wichtig bemerkt zu werden, daß in vier oder fünf Wochen die pariser Saison endet und daß die der neuen Regierung zu Gebote stehende knappe Zeit von ihr als eine Entschuldigung für die Politik der Unthätigkeit benutzt werden wird, die den Deputirten empfohlen werden muß.“

Tagesübersicht.

Posen, 21. Mai.

Der preußische Landtag ist heute Nachmittag durch den Vizepräsidenten des Ministeriums geschlossen worden. Damit hat eine parlamentarische Campagne geendet, welche die „Prov. Korr.“ mit Recht als „eine der arbeitreichsten und erregtesten, aber zugleich als eine der ergebnißreichsten“ bezeichnet. Seit dem 12. November v. J. haben nacheinander und zum Theil nebeneinander zuerst der preußische Landtag, sodann der deutsche Reichstag und schließlich wiederum der Landtag ihre Sessionen gehalten. Als der Reichstag am 5. Februar versammelt wurde, setzte der Landtag neben demselben bis zum 25. Februar seine Arbeiten fort und vertagte sich dann bis zum 13. April; aber erst mit dem Schlusse des Reichstages am 26. April konnte der Landtag seine Thätigkeit wieder in vollem Maße aufnehmen. Die „Prov.-Corr.“ schließt ihre Uebersicht über die Arbeiten mit folgenden Worten:

Die Zuversicht, welche die Regierung beim Beginn der neuen Session aussprach, daß die Landesvertretung in fester Gemeinschaft mit der Regierung das für das Staatswohl Unerläßliche im rechten Augenblicke durchzuführen bereit sei, hat sich nach allen Richtungen bewährt. Wenn bisher nicht in gleichem Maße die Hoffnung auf die Ausgleichung der vorhandenen tiefen Gegensätze in Erfüllung gegangen ist, so dürfen doch die Regierung und die Landesvertretung an dem Bewußtsein festhalten, daß sie „auch da, wo sie lebhaften Strömungen in einem Theile der Bevölkerung entgegenzuwirken genöthigt waren, nur von dem Streben für das Heil der Gesammtheit geleitet waren.“

Bemerkenswerth ist von dem Inhalt der dieswöchentlichen „Prov.-Korr.“ nur noch allenfalls ein Artikel über die Vorgänge in Frankreich, in welchem es heißt:

Die Einigung aller konservativen (oder vielmehr aller monarchischen) Parteien war das Banner, unter welchem der Herzog von Broglie am 24 Mai v. J. mit einer Mehrheit von 360 gegen 344 Stimmen den Präsidenten Thiers stürzte, — die Einigung aller konservativen Parteien wurde im November von Neuem verkündet, als das Septennat des jetzigen Präsidenten mit 378 gegen 310 Stimmen beschlossen wurde. Aber schon damals war zu erkennen, daß diese neue äußerliche Einigung nur ein Nothbehelf und eine augenblickliche Auskunft war, daß die anscheinend so große Mehrheit in sich zwiespältig und zerfahren war, und daß der Zwiespalt offen hervortreten mußte, sobald man dazu schreiten würde, die Bedeutung und das Wesen der neuen Regierung festzustellen. Dies hat sich jetzt bei dem ersten Versuche zur wirklichen Organisation der Regierungsgewalt bestätigt. Schon bei der ersten vorläufigen Berathung über den Gang, welcher zur Feststellung der Verfassungsverhältnisse einzuschlagen sei, hat das Ministerium des Herzogs von Broglie eine entscheidende Niederlage erlitten. Der Antrag der Regierung, vor Allem ein Gesetz über die künftige Organisation der Volksvertretung (in zwei Kammern) in Berathung zu nehmen, ist mit 381 gegen 317 Stimmen abgelehnt worden, und das Bezeichnende ist dabei, daß nicht etwa die Linke über die Rechte gesiegt hat, nicht die Republikaner über die vereinigten monarchischen Parteien, sondern unter der Mehrheit von 381 befinden sich 54 Legitimisten und 17 Bonapartisten. Es ergiebt sich daraus, daß eben die Einigung der konservativen Parteien, auf welcher die anscheinende Kraft der jetzigen Regierung beruhte, zersplittert ist. Hieraus ergiebt sich die Größe der Schwierigkeiten der inneren Lage Frankreichs. Die Nationalversammlung bietet in ihrer Zusammensetzung und Parteigestaltung überhaupt keinen Boden und keine Stütze mehr für irgend eine feste Regierungsgewalt, und man darf daher einer Reihe weiterer Verwickelungen entgegensehen. Glücklicherweise haben dieselben für jetzt und vermuthlich auf lange Zeit hinaus nur eine innere Bedeutung für Frankreich allein.

Trotzdem die französische Presse im Augenblicke eigentlich genug mit sich selbst zu thun hätte, setzt sie doch die üblichen Verdächtigungen gegen Deutschland systematisch fort. Die Erklärungen Lord Derby's im britischen Oberhause, daß England im eintretenden Falle seine Unterschrift unter den Verträgen respektiren werde, hat das Mißfallen der Chauvinisten aller Klassen jenseits der Mosel erregt. Die „Republik française“ findet, daß die Erklärung Lord Derby's sich „wahrscheinlich“ auf Belgien beziehe, knüpft aber daran die Bemerkung, daß die berliner Presse „seit einiger Zeit erkläre“, der letzte belgische Neutralitätsvertrag sei am 9. August 1870 und nur für die Dauer des Krieges geschlossen. Es sei zum Mindesten befremdend, daß die deutsche Presse genau den Augenblick, in welchem sie Frankreich beschuldige, eine Eroberung Belgiens zu planen, dazu ausersehen habe, die Existenz eines belgischen Neutralitätsvertrages zu bestreiten (!). Man werde daher in Brüssel wohlthun, sich nicht in Illusionen zu wiegen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt hierzu:

„Weiter kann man wohl die Virtuosität im Lügen und Verdrehen offenkundiger Thatsachen nicht treiben. Zum Glück täuscht die französische Presse außerhalb Frankreichs damit Niemanden. In keiner einzigen berliner Zeitung hat auch nur ein Sterbenswörtchen davon gestanden, daß ein Neutralitätsvertrag für Belgien nicht existire. Im Gegentheil haben die autorisirtesten Organe der berliner Presse nachdrücklichst auf die Existenz des Vertrages von 1839 hingewiesen und eine berliner Korrespondenz der „Kölnischen Zeitung“ hatte das Verdienst, zuerst auf Artikel 3 des Vertrages vom 9. August 1870 aufmerksam zu machen, wonach beim Aufhören dieses Vertrages die Neutralität Belgiens wie bisher auch ferner auf Artikel 1 des Vertrages vom 19. April 1839 beruhen solle. Wenn die „Republique francaise“ und andere französische Blätter jetzt die Miene annehmen, als sei die scharfe Betonung der Verpflichtungen Englands durch Lord Derby gegen Deutschland gerichtet gewesen, so wollen sie damit vielleicht vergessen machen, daß kein Geringerer als Herr Thiers selbst auf der Tribüne der Nationalversammlung die Maas als die Operationsbasis in einem künftigen Kriege gegen Deutschland bezeichnete und deutlich die Verlegung des Kriegstheaters auf belgisches Gebiet in Aussicht nahm. Die Herren Strategen der „Republique francaise“ sollten doch wissen, daß Deutschland, falls es noch einmal, was Niemand wünscht, zu einem Kriege gezwungen wird, seit 1871 eine viel bessere Operationsbasis besitzt als ihm Belgien, abgesehen von seiner auch von Deutschland garantirten Neutralität, überhaupt zu bieten vermöchte. Durch derartige Verdrehungen offenkundiger Thatsachen und Verhältnisse werden die französischen Blätter schwerlich beitragen, ihrem Vaterlande wieder zu derjenigen Stellung in der öffentlichen Meinung Europas zu verhelfen, welche sie als ihm gebührend in Anspruch nehmen.“

Die englischen Katholiken scheinen mit ihren Wallfahrten nach Lourdes nicht zufrieden zu sein, wenigstens ist, wie die „Westminster Gazette“ mittheilt, eine Wallfahrt englischer Katholiken nach dem Grabe des heiligen Bonifacius zu Fulda in Aussicht genommen, allwo die englischen Katholiken im Verein mit ihren deutschen Glaubensgenossen den Himmel um Abwendung der gräulichen Verfolgung der katholischen Kirche durch die preußische Regierung anzuflehen beabsichtigen.

Anläßlich der Neubildung des spanischen Kabinets hat die Exekutivgewalt der Republik folgenden Aufruf an die Nation erlassen:

„Man hat bis zu solchem Grade die langen und pomphaften Programme mißbraucht, daß sie gewöhnlich mit unverhohlener Gleichgiltigkeit aufgenommen werden. Die ersten außerordentlichen Umstände, die wir durchschreiten, legen jedoch der neuen Regierung die unabweisbare Pflicht auf, ihre Absichten kurz in einem öffentlichen Schriftstück zu bezeichnen, da sie es leider nicht im Schooße der Nationalvertretung thun kann:

Die Personen, welche dieses Kabinet bilden, kommen aus einer einzigen Partei. Aber sie haben den festen Willen, für die ganze Nation, ohne die eigenen Gesichtspunkte der politischen Parteiungen zu regieren. Darum erwarten sie die Unterstützung der Liberalen aller Parteien, um sich ihrer schwierigen Aufgabe vollständig zu entledigen. Denn die Gleichartigkeit von Ideen und Verfahren in den hohen Schichten der Gewalt steht nicht im Gegensatz zu dem Einvernehmen und der Eintracht Aller, welche von edlen und erhabenen Gesinnungen beseelt sind. Nur wenn dieser versöhnlichen Haltung mit ungerechten Angriffen geantwortet werden sollte, welche das Werk gefährden könn-

ten, zu dessen Ausführung die Regierung berufen ist, würde diese die wirksamen Mittel, worüber sie verfügt, anwenden, um, über jede Rücksicht sich hinwegsetzend, die öffentliche Ordnung und die hohen gesellschaftlichen Interessen unversehrt zu erhalten.

Der denkwürdige Tag vom 3. Januar setzte den demagogischen Verwirrungen ein glückliches Ende, welche weder der Schrei der öffentlichen Meinung, noch die energischen und ehrenhaften Anstrengungen der erlauchtesten Persönlichkeiten einer Partei, die auf diese Weise ihre Fahne zerriß, im Zaume zu halten genügt hatten. Der würde sich jedoch täuschen, welcher glauben sollte, daß jener nothwendige Gegendruck die Verurtheilung der revolutionären Bewegung von 1868 in sich schließt, die nachher so traurig ausgeartet ist und deren edlen Geist und Wiedergeburts-Bestrebungen die Mitglieder dieser Regierung in ihrer ganzen Reinheit vertreten und festhalten.

Ein trauriges Vermächtniß jener Ausschreitungen war der Bürgerkrieg, der zum dritten Mal im Zeitraum von 40 Jahren die reichsten Provinzen Spaniens verödet. Glücklicherweise haben die jüngsten Siege des nationalen Heeres diesem unsinnigen, verspäteten Anschlag der fanatischen Parteigänger des alten Regiments nun jeden gefährlichen Charakter genommen. In möglichst kurzer Frist diesen grausamen, verheerenden Krieg zu beendigen; seine Wiederholung in der Zukunft zu verhindern, den auf der Halbinsel und den überseeischen Provinzen so heiß ersehnten Frieden fest zu begründen und jeden Keim künftiger Verirrungen auszurotten, das ist es, worauf die Regierung vorzugsweise und unabläßig ihre Aufmerksamkeit und ihre Anstrengungen richten wird; denn die Sache der Freiheit gegen den Absolutismus ist nicht allein das Bestreben einer Partei: sie ist die Weihe des neuen Rechts und die Vertheidigung der Gesittung und des Fortschritts.

Es wäre umsonst, den beklagenswerthen Stand unserer Finanzen, auf welchem die ungeheuren Ausgaben für den brudermörderischen Kampf, in den wir verwickelt sind, lasten, verbergen zu wollen. Um dieses Uebel zu erleichtern, bietet die Regierung keine trügerischen Quacksalber-Heilmittel an; was sie feierlich verspricht, ist: den wahren Stand des Staatsschatzes kund zu geben, mit strenger Gewissenhaftigkeit die öffentlichen Einkünfte zu verwalten und von Mitteln abzustehen, welche, wenn sie auch sofort Bedürfnisse des Augenblicks befriedigen, später die Kreditlosigkeit und den Ruin bringen.

Die Regierung verkennt die Schwierigkeiten nicht, die sie auf ihrem Wege finden wird; sie zählt jedoch für deren Ueberwindung auf die Mitwirkung der Nation, welche nach Ruhe dürstet. Die Minister werden ihre patriotischen Anstrengungen belohnt erachten, wenn sie dahin gelangen, die Zeit eines Zwischenzustandes abzukürzen, wo der Gang der liberalen Einrichtungen stille steht, und hoffen sehnlich, es möge der Augenblick kommen, wo nach Sicherung der moralischen und materiellen Ordnung, das Land frei über seine Geschicke befragt werden kann.

Madrid, 15. Mai 1874. (Folgen die Unterschriften sämmtlicher Minister.)"

Lokales und Provinzielles.

Posen, 21. Mai.

— **Eine auffallende Bekanntmachung** veröffentlicht die Direktion der hiesigen polnischen Ressource. Nach derselben „darf bei allen Spielen, besonders solchen, die sich Hazardspielen nähern, nur mit baarem Gelde gespielt werden. Wenn der Spielende sich wegen Mangels kleinerer Münze Marken bedienen will, so muß der Werth der Marken unter der Kontrolle sämmtlicher Mitspielenden deponirt werden. Die Uebertretung dieser Vorschrift, selbst die einmalige, zieht die Ausschließung des Mitgliedes aus der Ressource auf ein Jahr nach sich." Die Ressource, zu welcher, wie wir hinzufügen wollen, nur die Elite der polnischen Gesellschaft gehört, muß wohl mit einzelnen ihrer Mitglieder schlimme Erfahrungen gemacht haben, wenn sie sich zu solchen drakonischen, unter Kavalieren nicht gewöhnlichen, Verordnungen veranlaßt sieht. Oder sollte die Direktion den löblichen Zweck verfolgen, durch diese Verordnung der unter der polnischen Jugend grassirenden Spielwuth, über welche die polnischen Blätter in letzter Zeit wieder laut zetern, steuern zu wollen?

— **Zur Warnung.** Einer Mittheilung aus England zufolge sind im vergangenen Jahre im Laufe von 5 Monaten in den mit Genehmigung der brasilianischen Regierung in der Provinz Bahia gegründeten zwei Colonien, Miniz und Theodora, durch Vermittelung des früheren Sekretärs der brasilianischen Gesandtschaft in London, Senor Minez d'Aragao, 1803 deutsche Einwanderer eingetroffen. Davon wurden 46 nach Europa, 115 nach Rio de Janeiro zurückbefördert, 700 befinden sich vollständig mittellos in Bahia, 342 verblieben in den Colonien und 600 sind gestorben. Aus diesen statistischen Angaben ergiebt sich eine Sterblichkeit als man, selbst in Brasilien, jemals gekannt hat, nämlich für ein volles Jahr der horrende Satz von 800 pro Mille. Es ist dies wohl der höchste Prozentsatz, welcher, ausgenommen etwa im Kriege, jemals in der Welt vorgekommen ist.

r. **Eine neue Promenade** wird gegenwärtig innerhalb der Wälle von der Husarenkaserne (in der Magazinstraße) bis zum Mühlthor (beim Fort Hake) angelegt, indem diese Strecke, die bisher für die öffentliche Benutzung gesperrt war, durch Wegreißen von Mauern, Aufschütten von Wegen, Abgrenzen durch Zäune ꝛc. gangbar gemacht wird. Der neue Weg führt um die Stallungen der Husarenkaserne, die Garnisonbäckerei und den katholischen Kirchhof herum. Es ist demnach gegenwärtig möglich, einen Spaziergang auf der Wallstraße von der Grabenpforte an der Warthe bis zum Schillingthor zu machen, ohne nöthig zu haben, wie dies bisher der Fall war, bei der Husarenkaserne in die Magazinstraße einzubiegen und über den sandigen Kanonenplatz bis zum Fort Adalbert zu gehen.

— **Zur Ausführung der Kirchengesetze.** Das Kreisgericht in Wreschen verurtheilte am 20. d. den Vikar Jarosz in Zerkow wegen wiederholter unbefugter Vornahme von Amtshandlungen zu 300 Thlrn. Geldbuße event. 3 Monat Gefängniß.

r. **Die alte städtische Wasserleitung,** welche das vorzügliche Quellwasser aus dem Glacis des Kernwerks nach der Stadt leitet, und gegenwärtig in Asphaltröhren neu verlegt wird, ist bereits bis zur Anhöhe zwischen Garnison- und St. Adalbertskirche geführt, und wird nunmehr durch diese Anhöhe hindurch in einer Tiefe von ca. 15 Fuß gelegt.

r. **Die polnische Theatergesellschaft** ist gestern von hier nach Kalisch gereist, um dort Vorstellungen zu geben.

r. **Diebstähle.** Einer auf dem Wilhelmsplatze wohnenden Dame ist vor 8 Tagen aus unverschlossenem Raume ein goldener Ring mit 3 Brillanten gestohlen worden. — Als gestohlen ist mit Beschlag belegt worden eine alte Wanduhr mit 4eckigem Gehäuse; Vorderblatt aus Messingblech, Mazeppa auf dem Pferde reliefartig darstellend.

— **Polizeibericht.** Verlaufen hat sich am 17. d. M. ein gelber kleiner Affenpinscher mit Halsband und Maulkorb. Entlaufen ist eine kastanienbraune Stute, 8 Jahr alt, aus Mulakshausen. Verloren ein goldener Reifring mit weißem Opal, besetzt mit Brillanten. Fundgeld wird zugesagt.

α **Birnbaum,** 20. Mai. [Vorschußverein. Ernennungen. Lehrerkonferenz.] Dem in der letzten Generalversammlung des Vorschußvereins mitgetheilten Kassenabschlusse pro 1. Quartal cr. entnehmen wir Folgendes: Die Einnahme incl. 855 Thlr. Bestand vom vorigen Jahre betrug bis zum 1. April cr. 13,463 Thaler, die Ausgabe 10,643 Thlr. und es blieb somit ein Bestand von 2820 Thlr. — Das in Folge Resignation des bisherigen Kreisphysikus Dr. Lehrs erledigte Physikat ist dem praktischen Arzt und Kreiswundarzt Dr. Hartwich hierselbst verliehen worden. Ebenso ist die Stelle des Distriktskommissarius hierselbst, welche ca. 9 Monate interimistisch verwaltet wurde, seit dem 1. d. M. durch den Rentmeister Steltner aus Czersk, Kreis Konitz, wieder definitiv besetzt. — Der heute hier abgehaltenen Bezirks-Lehrer-Konferenz wohnten außer den beiden Schulinspektoren 19 Lehrer bei. Lehrer Patschan aus Neu-Merine hielt eine Probelektion über die Kreuzzüge, wie dieselben mit Kindern auf der Oberstufe der einklassigen Volksschule zu behandeln sind. Lehrer Vanselow aus Striche brachte ein Referat über den naturkundlichen Unterricht in der einklassigen Volksschule nach den neuesten Bestimmungen bei zweijährigem Kursus.

♂ **Meseritz,** 18. Mai. (Jubiläum der Schützengilde.) Die hiesige Schützengilde feiert in diesem Jahre das 250jährige Jubelfest ihres Bestehens. Es sollen zwar einer von Uralters her fundirten Brüderschaft unterm 16. Juli 1618 und 8. Juli 1625 sonderliche Freiheiten durch den damaligen Schloßhauptmann (Starost) von Meseritz Czarnkowski gewährt worden sein, was dafür spricht, daß zu seiner Zeit ein dem heutigen Institute ähnliches bestanden habe. Allein während das Privilegium der Gilde nichts enthält, was auf die Zeit des eigentlichen Entstehens der Gilde hindeutet, heißt es über den Entwurf der Bestimmungen vnn 1624, daß dem damaligen Rathe der Stadt von mehreren Geschwornen und Aeltesten im Namen der ganzen Brüderschaft die Bitte vorgetragen wurde: „Eine Zunft der Büchsenschützen zu stiften zur Erhaltung guter Ordnung, Fried' und Einigkeit." Es ist demnach das Jahr 1624 als das Stiftungsjahr der heutigen Gilde anzusehen. In den vom Rathe der Stadt Dienstag nach Ostern 1624 bestätigten Artikeln wird der jedesmalige Schützenkönig von den städtischen Abgaben das Jahr über befreit und am 22. April 1638 wurde dem Statut auf die Bestätigung des Königs von Polen, Wladislaus IV. zu Theil. — Möge das Institut noch weitere Jahre blühen in guter Ordnung, Fried' und Einigkeit!

§. **Schrimm,** 20. Mai. (Fortbildungsschule. Septima.] Wir berichteten seiner Zeit, daß der Vorstand des Vereins für Fortbildung und Geselligkeit die Absicht hatte, eine Fortbildungsschule zu gründen. Der Ausführung dieses Planes stellten sich jedoch mancherlei Schwierigkeiten in den Weg. Diese sind nun dadurch, daß der Kreisschulinspektor Eberstein die Leitung derselben in die Hand nehmen will, gehoben. Unter der Leitung dieses bewährten Schulmannes wird dieser Schule der Erfolg nicht fehlen, was um so mehr anzunehmen ist, da auch wissenschaftliche Lehrer an ihr wirken sollen. Das Bedürfniß einer Fortbildungsschule ist hier längst anerkannt, und da diese auch einen konfessionslosen Charakter haben soll, so ist zu erwarten, daß die Theilnahme eine recht rege sein wird. — Seit Michaeli 1872 besteht am hiesigen Gymnasium eine Vorbereitungsschule. Die Regierung hat in Folge Antrages des damaligen Direktors ein Klassenzimmer und die nöthigen Schulutensilien zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt und außerdem freie Heizung des Lokals bewilligt. Gar Viele glaubten damals, ein Institut zu haben, welches nach ihrer Meinung (gegenüber den Leistungen der Elementarschulen) schon längst erwünscht gewesen wäre. Die Zeit jedoch belehrte sie eines Andern. Während die Septima mit 34 Schülern eröffnet wurde, zählt sie heute nur noch 9. Um die Schule lebensfähig zu erhalten, sind vom Prorektor Guttmann mehrfache Aenderungen vorgenommen worden. Es unterrichten seit dem 1. Mai cr. statt eines Lehrers zwei an der Schule und ist die Stundenzahl von 16 auf 20 wöchentlich erhöht worden. Trotz dieser Aenderungen hat sie für das Sommersemester keinen Zuwachs erhalten. Sollte sich zu Michaeli die Schülerzahl nicht vergrößern, so wird, wie wir erfahren, die kgl. Regierung obige Vergünstigung zurückziehen und die Vorbereitungsschule auflösen.

Bromberg, 20. Mai. [Verurtheilung. Kollekte.] Von der Kriminal-Abtheilung des hiesigen Kreisgerichts wurden am 18. d. Mts. zwei Oesterreicher, der Kommissionär Franz Leski und sein Komptoirist George Heßling aus Trautenau, wegen Beleidigung der königl. Direktion der Ostbahn hierselbst zu je 20 Thlr. Geldstrafe event. 14 Tage Haft verurtheilt. In einem Briefe an die Direktion der Ostbahn hatte Leski derselben anläßlich eines ihm zugesandten Ballens Werg aus Königsberg und der darauf erfolgten Nachnahme ꝛc. beleidigende Redensarten gebraucht. Bei seiner verantwortlichen Vernehmung durch das Bezirksgericht in Trautenau wollte er den Inhalt des von ihm unterschriebenen Briefes nur zum Theil gekannt haben und bezeichnete als Schreiber desselben den p. Heßling seinen Komptoiristen. In Folge dessen wurde auch gegen diesen die Verfolgung seitens der Direktion der Ostbahn beantragt und die Anklage gegen Beide erhoben. Zum gestrigen Termine waren die Angeklagten nicht erschienen. Es mußte daher in contumaciam gegen sie verhandelt werden und wurden dieselben zu dem schon genannten Strafmaß verurtheilt. Die Vollstreckung der Strafe erfolgt nach Angabe der Staatsanwaltschaft, da das österreichische Gericht voraussichtlich dieselbe nicht vollstrecken wird, wenn dieselben in Preußen angehalten werden sollten. — Ein zusammengetretenes Komite ehrenwerther jüdischer Staatsangehöriger beabsichtigt zur Hebung der sittlichen und materiellen Zustände der verlassenen jüdischen Waisenkinder in Palästina, dort jüdische Waisenhäuser zu errichten und hat sich an den Minister des Innern mit der Bitte gewendet, die Beschaffung der hierzu erforderlichen Geldmittel durch Abhaltung einer allgemeinen Hauskollekte bei den jüdischen Glaubensgenossen in Preußen zu gestatten. Der Minister hat diese Kollekte unter der Bedingung genehmigt, daß die Sammlungen sich nur auf die in Städten und Flecken befindlichen jüdischen Haushaltungen beschränken, nur von einem Komitemitgliede oder von einem Mitgliede des Vorstandes der für den Ort bestehenden Synagogengemeinde vorgenommen werden dürfen und die Dauer der Kollekte einen Zeitraum von 4 Wochen nicht überschreite. (Br. Z.)

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Berlin,** 20. Mai. In dem Konkurse über das Vermögen der Pommerschen Zentralbahn war heute Termin auf dem hiesigen kgl. Stadtgericht anberaumt, in welchem die Versteigerung derselben durch Abgabe eines Meistgebots erfolgen sollte. Der Stadtgerichtsrath Willmanns, welcher den Vorsitz führte, theilte mit, daß die Bedingungen, auf welchen die Versteigerung basire und von dem anwesenden Verwalter Justizrath v. Wilmowsky gestellt, eine Abänderung auf Veranlassung des k. Handelsministeriums erfahren hätte. Sie seien dahin modifizirt, daß der Punkt, wonach sich der Käufer die Konzession zu beschaffen habe, dahingestellt bliebe, da es erst entschieden werden müsse, ob solche überhaupt noch erforderlich sei. Die zu Grunde gelegten Bedingungen sind sonst dieselben geblieben, wie sie bereits durch die Zeitungen publizirt worden sind. Der Taxwerth der P. Z.-B. belaufe sich auf 2,438,700 Thlr., der Vorsitzende bemerkt, daß, wenn nach Ablauf einer Stunde kein Gebot abgegeben worden sei, er das Protokoll schließen werde. Die Herren Klienitz, Neubauer, Reenke u. A. m. gaben zu Protokoll, man möge ihnen das Pfandrecht gewähren für die von ihnen an die P. Z.-B. gelieferten Bauten ꝛc., was jedoch erst auf dem Wege des Prozesses entschieden werden muß. Die Stunde verging, ein Gebot wurde nicht abgegeben. Uebrigens werden die kürzlich von uns mit Vorbehalt wiedergegebenen Mittheilungen, denen zu Folge die Staatsregierung beabsichtigen solle, in einem ferneren Termine als Mitbieter aufzutreten, von der „N. Börs.-Ztg." bestätigt. Das Blatt schreibt in dieser Sache: „— — Abmachungen nach dieser Richtung hin sind, wie selbstverständlich, nicht erfolgt, doch wird uns von bestunterrichteter Seite versichert, daß regierungsseitig die Geneigtheit zum Einschreiten — wenn auch nur unter der Hand, so doch ziemlich unzweideutig — bereits zu verstehen gegeben worden ist. Von dem Kaufpreis, der eventuell staatlicherseits würde gezahlt werden, ist noch nicht einmal die Rede gewesen. — In juristischen Kreisen belächelt man übrigens, daß die Börse sich noch dem Gedanken hingiebt, als seien die Stamm-Aktien noch auch nur einen Pfennig werth; es gilt in denselben bereits als ausgemacht, daß für die Stamm-Aktionäre garnichts zu erwarten ist. Ueber Dividende der Prioritäts-Aktien ist Gewisses noch nicht festzustellen möglich. Die Höhe der Quote hängt bekanntlich nicht allein ab von dem Erlös, welcher durch den Verkauf der Bahnprojekte erzielt werden wird, sondern auch von dem Ausfall der behufs Regreßnahme an den Gründern, beziehungsweise ersten Zeichnern seitens der Konkursverwaltung angestrengten Prozesse, deren Ausfall noch gänzlich unabsehbar ist.

** **Berliner Handels-Gesellschaft.** Wie der erschienene Geschäftsbericht pro 1873 hervorhebt, ist für das laufende Jahr eine weitere Einzahlung nicht in Aussicht genommen. Die Bilanz stellt sich aus folgenden Ziffern zusammen: Kassabestände 1,001,835 Thlr., Wechselbestände 3,354,771 Thlr., Dokumentenbestände 3,455,133 Thlr., Lombardbestände 1,933,473 Thlr., Konsortialkonto 645,420 Thlr., Konto-Korrent-Debitoren 11,526,047 Thlr., Dotirung der Firma Breest und Gelpcke 1,000,000 Thlr., Hauskonto 239,014 Thlr., verausgabte Dividende pro I. Semester 1873 210,000 Thlr. Passiva: Aktienkapital 10½ Millionen, Konto-Korrent-Debitoren 7,763,425 Thlr., Accepte 3,241,133 Thlr., Reservefonds 1,050,000 Thlr., Hypothekenkonto 40,000 Thlr., Gewinnsaldo 804,001 Thlr. Bei Abschätzung ihres Effektenbestandes hat die Bank alle Eventualitäten berücksichtigt und auf diesem Konto ein Verlust von 158,292 Thlr. abgeschrieben. Der Gewinn an Konsortialgeschäften beträgt 303,215 Thlr. Der Ertrag des Wechsel-Kontos stellt sich auf 125,652 Thlr. Die gesammten Einnahmen betragen incl. des Saldo von 1872 1,138,793 Thlr. Hiervon gehen ab: Verwaltungskosten und Steuern 114,088 Thlr., noch zu zahlende Kurtagen 5000 Thlr., Verlust an Dokumenten 158,292 Thlr., reservirt für zweifelhafte Forderungen 57,409 Thlr., zusammen 334,791 Thlr., bleibt Gewinn 804,002 Thlr. Davon gehen ab Tantieme für den Verwaltungsrath 3½ pCt. 26,540 Thlr., Tantieme für die Geschäfts-Inhaber 10 pCt. 79,620 Thlr., so daß die Dividende sich auf 6½ pCt. stellt.

** **Der Diskontosatz der Preußischen Bank** ist in letzter Zeit häufig Gegenstand eifriger Debatten gewesen. Man wollte wissen, daß Ueberfluß disponiblen Geldes auf der einen, und Mangel an Nachfrage auf der andern Seite eine Herabsetzung des Diskonts zur Folge haben würden. Wie dem „Börs. Cour." aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt wird, herrscht in maßgebenden Kreisen nicht die Absicht, für die nächste Zeit unter die jetzige Rate von 4 pCt. herabzugehen.

* * **Die Elbinger Aktien-Gesellschaft** für Fabrikation von Eisenbahn-Material schließt das Geschäftsjahr 1873 mit einem Verlust von 548,435 Thlr., wovon 300,857 Thlr. auf den Betrieb fallen und 135,209 Thlr. auf Zinsen und Discont. Die Bilanz führt Ende 1873 als Passiva auf 1½ Millionen Thaler Actien-Capital, 1,109,956 Thlr. Accepte, 1,035,321 Thlr. Buchschulden, 12,000 Thlr. Hypotheken, 20,000 Thlr. Reserve für etwa zu zahlende Conventionalstrafen und 10,000 Thlr. Unterstützungsfonds; unter den Activa umfassen die Grundstücke 950,305 Thlr., die Maschinen 286,844 Thlr., die Werkzeuge 90,020 Thlr., Dampfheizung und Gas 2800 Thlr., die Bahngeleise 33,025 Thlr., die Materialien 1,364,884 Thlr. und die Außenstände 333,176 Thlr.

** **Breslauer Waggonfabrik** [Hoffmann.] In der zum 16. d. anberanmten Generalversammlung, auf deren Tagesordnung ein Antrag, das Aktien-Kapital der Gesellschaft auf 650,000 Thlr. durch Rückkauf von 100,000 Thlr. eigener Aktien zu reduziren, stand, war der weder Vorsitzende des Aufsichtsrathes noch dessen Stellvertreter erschienen. Die anwesenden Aktionaire erklärten daher mit Rücksicht hierauf und auf § 32 des Gesellschaftsstatuts, welcher im ersten Alinea bestimmt: „In der General-Versammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrathes oder dessen Stellvertreter den Vorsitz" übereinstimmend, da das Statut keine Bestimmung enthalte, wer in solchem Falle den Vorsitz führen solle, in die Diskussion der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände nicht einzutreten, vielmehr jede Verhandlung hierüber auszusetzen. Sie verwahrten sich gegen jeden Nachtheil, welcher aus der Vereitelung der heutigen General-Versammlung entsteht und erklärten, nachdem Vorstehendes zu Protokoll gegeben, die Verhandlung für geschlossen. (Es dürfte der Fall, daß der wirkliche und der stellvertretende Aufsichtsrathsvorsitzende einer Aktiengesellschaft bei deren Generalversammlung durch Abwesenheit glänzen, bisher noch nicht vorgekommen sein. Trotz seines mindestens tragi-komischen Anstrichs liefert dieses Vorkommniß eine interessante Charakterik für die Zustände gewisser moderner Handelsverhältnisse. (Red. d. Pos. Ztg.)

** **Wien,** 19. Mai. Die zweite Hälfte des Donauregulirungs-Anlehens ist von dem Konsortium Rothschild, Kredit-Anstalt und Eskompte-Gesellschaft, 10 Fl. unter dem Course, zu welchem die erste Hälfte vergeben worden, erstanden worden. Die erste Hälfte wurde nämlich mit 102 Fl., die zweite Hälfte mit 92 Fl. 10 Kr. begeben.

** **Glasgow,** 20. Mai. Roheisen. Mixed numbers warrants 84 Sh.

Letztwöchentliche Verschiffung 7300 Tons gegen 17,500 Tons in der gleichen Woche des vorigen Jahres.

** **Wollberichte.** Aus Wien vom 19. d. M. schreibt man der „B. u. H. Z.": Die abgelaufene Woche zählt in Anbetracht des erzielten Umsatzes zu den lebhaften Wochen der nun zu Ende gehenden Saison; es scheint, als sollte der Uebergang zur neuen Campagne nicht wie gewöhnlich durch eine mehrwöchentliche Geschäftsruhe gefeiert werden, da brünner und reichenberger Fabrikanten fortwährend Anschaffungen machen. In der Vorwoche gingen an 250 Ztr. Einschuren und Lammwollen in den Preisen von Fl. 115—140 nach Reichenberg und etwa 100 Ztr. diverse Gattungen nach Brünn. Die hiesigen Lager sind allenthalben gelichtet, und geht man mit besseren Hoffnungen der neuen Campagne entgegen. Die bessere Stimmung stützt sich auf die freundlicheren Meldungen von London, wo trotz des enormen Quantums der festere Ton vorherrschend bleibt. Die bei den gegenwärtigen Verkäufen erzielten Preise zeigen keine wesentliche Veränderung; bei Lammwollen und besseren Einschuren stellen sich dieselben zu Gunsten der Käufer. Von Wollen der nächsten Schur wurden verschlossen die Kegel'sche Partie von Torna, ca. 180 Ztr., a Fl. 117 und dieselbe von Patko, ca. 70 Ztr., a Fl. 120; Kontrahenten waren pester Firmen. Von Mauthwollen wurden serbische zu Fl. 73 bis Fl. 74 und eine Partie weiße Siebenbürger zu Fl. 114 angeblich verkauft. — Aus Melbourne, Ende März, wird berichtet: Die Saison ist beendet und fand nur noch ein ganz kleines Geschäft über einige kleine Posten Wolle aus den entferntesten Distrikten statt. Trotzdem waren die Auktionen sehr gut besucht und fand eine lebhafte Konkurrenz statt, welche jedoch sehr abgeschwächt wurde, als Telegramme von London den ungünstigen Verlauf der Februar-Auktionen meldeten und mußten Scoured und Fleece-Wollen 1 d p. Pfd. Einbuße leiden, während die gesuchteren Schweißwollen weniger davon berührt wurden. Die Verstimmung über die schlechten Verkäufe in London ist allgemein, doch hofft man auf baldige bessere Nachrichten, trotzdem die diesjährige Produktion eine größere war, als in früheren Jahren. Die Nachrichten über den Stand der Schafzucht lauten aus allen Distrikten recht günstig, es ist reichlich Regen gefallen und damit die anfängliche Furcht vor einer Dürre zerstreut. Verschifft wurden im letzten Monat nach London 11,232 Ballen, zusammen seit 1. Oktober 1873 241,874 Ballen gegen gleichzeitig im vorigen Jahre 207,639 Ballen. Preisnotirungen: Greasy Geringe bis Mittel 7 d bis 9 d, Mittel bis Gut 9 d bis 11 d, Gut bis Superior 1 s bis 1 s 2 d. Fleece Geringe bis Mittel 1 s 2 d bis 1 s 5 d, Mittel bis Gut 1 s 6 d bis 1 s 9 d, Gut bis Superior 1 s 9 d bis 2 s 3 d. Scoured. Geringe bis Mittel 1 s 1 d bis 1 s 5 d, Mittel bis Gut 1 s 6 d bis 1 s 9 d, Gut bis Superior 1 s 9 d bis 2 s 1 d. Wechselcours auf London 60 Tage ½ pCt. Fracht nach London ¼—⅜ d pr. Pfd. für Gewaschene und Ungewaschene.

Vermischtes.

* **Berliner Liebesgeschichten.** In einer Vorstadtkirche Berlins wurde in voriger Woche ein junges Paar getraut, welches dieses Ziel seiner Wünsche nur einer dreijährigen Beharrlichkeit zu danken hat. Vor dieser Zeit machte es in den betreffenden Kreisen nicht geringes Aufsehen, daß ein namhafter berliner Industrieller seinen einzigen Sohn aus seinem Hause entfernte und ihn in Kondition zu einem Geschäftsfreunde nach Stockholm gab. Man zerbrach sich über den wahren Grund den Kopf, in der That aber handelte es sich um eine ernsthafte Herzensneigung, die, als sie dem Vater bekannt wurde, ihn in die höchste Entrüstung versetzte. Der junge Mann hatte sich in ein zwar schönes und anständiges, aber nichts weniger als gebildetes Mädchen, das in der Fabrik seines Vaters arbeitete, verliebt und diese Neigung wurde, ohne daß der Reichthum des jungen Mannes von Einfluß gewesen wäre, von dem jungen Mädchen erwidert. Die Entlassung des letzteren, wie die über den jungen Mann geführte strenge Aufsicht brachten dem Vater kein günstiges Resultat und dieser hielt es endlich für das Beste, seinen Sohn in die Ferne zu schicken. Die Trennung und der nordische Aufenthalt erkaltete jedoch nicht das

(Fortsetzung in der Beilage.)

Herz des jungen Mannes, eine unterhaltene Korrespondenz verband die beiden Liebenden womöglich noch inniger. Der junge Mann schickte seiner Auserwählten von seinem Gehalte monatlich eine bestimmte Summe, welche diese zu ihrer Ausbildung verwerthete, und durch eisernen Fleiß eignete sie sich bald das Wissen und die Kenntnisse an, um in gebildeten Kreisen auftreten zu können. Während dieser Zeit hatte der Börsenkrach auch seinen Einfluß auf die Verhältnisse des Vaters geltend gemacht, hierzu kam ein körperliches Leiden und beides vereint ließ ihn die Stütze seines Sohnes, der unterdeß den Aufenthalt in Stockholm mit dem in London vertauscht hatte, dringend wünschen. Dieser erklärte aber unumwunden, nur dann hierher zurückzukehren, wenn der Vater seine Einwilligung zu einer Verbindung mit der Geliebten gäbe. Der alte Herr griff nun zu einem letzten Mittel, er ließ die Geliebte seines Sohnes zu sich kommen, um diese zur Entsagung zu veranlassen. Wie erstaunte er aber, als das von ihm gekannte schlichte Arbeitermädchen als eine gebildete Dame vor ihm stand und ihm in herzgewinnender Art erklärte, daß sie mit unauflöslichen Banden an seinen Sohn gefesselt sei. Papa fand keinen anderen Ausweg als einzuwilligen, und so vollzog sich die oben erwähnte Verbindung.

Vor einigen Tagen wurde eine junge den höheren Ständen angehörige Frau begraben, die sich, wie konstatirt wurde, selbst den Tod durch Gift gegeben hatte. Das hinterlassene Tagebuch der Verstorbenen hat nun die anfangs unerklärlichen Motive dieses Selbstmordes näher enthüllt. Die Betreffende lebte anscheinend in glücklicher Ehe, unterhielt aber nichts destoweniger ein ehebrecherisches Verhältniß mit einem jungen unverheiratheten Manne. Die Folgen desselben führten sie endlich zu dem Entschluß, sich ihres Mannes durch Gift zu entledigen. Sie verschaffte sich letzteres und hätte diese That auch ausgeführt, wenn sie nicht zufällig an dem dazu bestimmten Tage mit ihrem Galan, der übrigens keine Ahnung von ihrer verbrecherischen Absicht hatte, in einen Zwist gerathen wäre, der denselben bewog, das Verhältniß abzubrechen. Die Unglückliche nahm hierauf das für den Gatten bestimmte Gift selbst. (Empfiehlt sich Dramatikern.)

* **In Wiesbaden** fand am 17. d. M. zu Ehren des Kaisers bei dem Regierungspräsidenten v. Wurmb eine musikalische Matinée statt. Der Kaiser, die Großherzogin von Baden, der Prinz Nikolaus zu Nassau, die Prinzessin Elisabeth zu Schaumburg-Lippe und andere hohe Persönlichkeiten waren zugegen. Zur Aufführung kamen von Kammermusik das Quartett (D-moll) von Franz Schubert, vorgetragen von den Herren Prof. August Wilhelmj, dessen Schüler Heimendahl, Konzertmeister Nebiczeck und J. Wenigmann, und die Kreutzer-Sonate von Beethoven (Frau Präsidentin v. Wurmb und Wilhelmj). Die Herren Massen und Siehr von der kgl. Oper erfreuten die Gesellschaft durch treffliche Gesangesleistungen. Die Herrin des Hauses spielte noch als Solopiece eine Polonaise von Chopin, und Professor Wilhelmj trug mit seiner Schwägerin, der Frau Dr. Wilhelmj, einige seiner neuesten Kompositionen vor. Die musikalischen Aufführungen dauerten über zwei Stunden, und Se. Maj. wohnte derselben von Anfang bis zu Ende bei. Vor der Matinée hatte der Kaiser die Gräfin Fürstenberg und den Prinzen Nicolaus zu Nassau besucht.

* **Literarische Notizen.** Turgeniew war einige Tage, von Paris kommend, in Berlin und ist am Montag nach Petersburg weiter gereist. Er gedenkt, im Juli wieder dort einzutreffen. — Berthold Auerbach, der kurze Zeit auf dem Gute des dramatischen Schriftstellers G. v. Moser zubrachte, hat (der „Trib." zufolge) daselbst einen neuen Roman zu schreiben begonnen, den er hier zu Ende führt. Derselbe wird den Raum eines Bandes nicht überschreiten. — Paul Lindau arbeitet an einem mehraktigen Lustspiel, dessen Stoff wieder dem modernen Gesellschaftsleben entnommen ist.

* **Eine ergötzliche** und, so viel bekannt, bis jetzt unveröffentlichte Anekdote von Rossini ist jüngst ans Licht gekommen. Fürst Poniatowski hatte zwei Opern komponirt, von denen er eine in Paris zur Aufführung zu bringen wünschte; aber im Zweifel darüber, welche die bessere sei, wendete er sich an Rossini mit der Bitte, die Sache zu entscheiden. Der Fürst setzte sich an sein Piano und spielte die ganze Oper dem Maestro vor. Am Ende der Oper wendete er sich zu Rossini, ein gütiges Wort erwartend. Rossini's Antwort war charakteristisch: „Faites jouer l'autre" („Lassen Sie die andere spielen").

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen

Berlin, 21. Mai. Ein Schreiben des Vizeministerpräsidenten Camphausen berief die beiden Häuser des Landtags auf 4 Uhr Nachmittags im Abgeordneten hause zur Entgegennahme einer königlichen Botschaft zusammen. Beide Häuser schlossen vorher in der üblichen Weise ihre Sitzungen. In der erwähnten gemeinschaftlichen Sitzung im Abgeordnetenhause, welcher der Präsident des Herrenhauses präsidirte, verlas der Vizeministerpräsident Camphausen die königliche Botschaft vom 20. Mai, welche die Session für geschlossen erklärt. Der Präsident schloß hierauf die Session mit einem enthusiastisch aufgenommenen Hoch auf den König.

Paris, 21. Mai. Die „Agence Havas" bezeichnet folgende Ministerliste als wahrscheinlich: Decazes (Auswärtiges und Konseils-Vizepräsident), Goulard (Inneres), Audifret-Pasquier (Minister ohne Portefeuille), Cissey (Krieg), Montaignac (Marine), Tailbou (Justiz), Lavergne (Ackerbau), Cezannie Tavan (Arbeiten), Cumont (Unterricht), Mathieu Bodet (Finanzen). Die offizielle Liste ist noch nicht festgestellt.

Bekanntmachung.
Pferde- und Viehmarkt in Posen.

Am **Freitag den 12.** und **Sonnabend den 13. Juni c.** findet in Posen auf dem Kanonenplatz der diesjährige Roß- und Viehmarkt statt.

Gewerbtreibende, welche Waaren in Buden, auf Gestellen oder Tischen dort zum Verkauf ansbieten wollen, stellen sich auf der Ostseite längs der Promenade in einer Reihe auf. Fuhrwerke, Wagen und Pferde stellen sich auf den drei anderen Seiten des disponiblen Platzes auf. Zum Anbinden der Pferde sind Barrieren und zur Unterbringung derselben ein Stall vorhanden.

Der Rindviehmarkt findet in der Magazinstraße, vom Kanonenplatze bis zur Mühlenstraße statt, der Markt für das Schwarzvieh auf dem Schweinemarkt, am Ende der Venetianerstraße. Standgeld wird nicht erhoben.

Posen, den 18. Mai 1874.

Königl. Polizei-Direktor
Staudy.

Nothwendiger Verkauf

Das den Wirth Adalbert und Theophila Imbier'schen Eheleuten gehörige, zu **Miaty** unter **Nr. 14** belegene Grundstück, das mit einer Gesammtfläche von 179 Hektaren 78 Aren 30 Quadratmeter der Grundsteuer unterliegt und mit einem Reinertrage von 224,36 Thlr. zur Grundsteuer und einem Nutzungswerthe von 120 Thlr. zur Gebäudesteuer veranlagt ist, soll in nothwendiger Subhastation

am 3. Juli 1874
Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle verkauft, und das Urtheil über die Ertheilung oder Versagung des Zuschlages nach Abhaltung des Termins sofort verkündet werden.

Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein, Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, deren Einreichung jedem Subhastations-Interessenten gestattet ist, ingleichen etwanige besondere Bedingungen können im Bureau III. eingesehen werden.

Gleichzeitig werden alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Gnesen, den 13. April 1874.

Königliches Kreis-Gericht.
Der Subhastationsrichter.

Vakante Arzt-Stelle.

In der Stadt **Wissek** ist die Niederlassung eines erfahrenen **Arztes,** der zur Ausübung der inneren Heilkunde, Chirurgie und Geburtshilfe ermächtigt ist, dringendes Bedürfniß. Die Praxis der früheren Herren erstreckte sich lohnend über Stadt und Umgegend mit mehr als 20 Rittergütern, worunter zwei des französischen Botschafters, Domänen, Dominien und wohlhabenden selbst reichen Besitzern. Nähere Auskunft ertheilt der **Magistrat** und der Apotheker **R. Hoffmann** daselbst.

Märkisch-Posener Eisenbahn.

Folgender Fahrplan tritt vom 1. Juni d. J. ab auf der Märkisch-Posener Eisenbahn in Kraft.

Guben, den 19. Mai 1874.

Der General-Bevollmächtigte des Verwaltungs-Rathes.
I. V.: **Kühnast.**

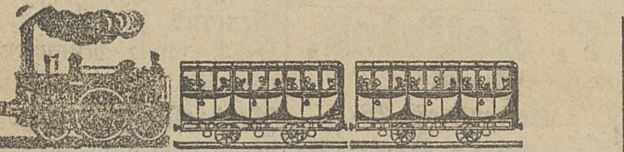
In der Richtung **Guben–Bentschen / Frankfurt–Bentschen** nach **Posen.**

Stationen.	I.	III.	V.	VII.	IX.
	Personen-Zug 1. 2. 3. 4. Cl.	Gemischter Zug 2. 3. 4. Cl.	Personen-Zug 1. 2. 3. Cl.	Personen-Zug 1. 2. 3. Cl.	Personen-Zug 1. 2. 3. 4. Cl.
		Morgens	—	Nachm.	Nachm.
Guben . . . Abfahrt	—	7,35	—	1,48	5,5
Merzwiese	—	8,6	—	2,13	5,34
Crossen	—	8,27	—	2,29	5,52
Polnisch Nettkow*)	—	8,57	—	—	6,15
Rothenburg	—	9,18	—	3,3	6,33
Züllichau	—	9,49	—	3,27	7,2
Bomst	—	10,16	—	3,49	7,27
Bentschen . . . Ankunft	—	10,36	—	4,4	7,43
		Vorm.			
	Morgens		Vorm.		
Frankfurt . . . Abfahrt	5,41	—	10,15	—	4,5
Reppen	6,10	—	10,45	—	4,46
Sternberg	6,31	—	11,8	—	5,13
Neu-Cunersdorf	6,42	—	11,19	—	5,27
Wutschdorf	7,3	—	—	—	5,51
Schwiebus	7,27	—	11,54	—	6,15
Stentsch	7,41	—	—	—	6,31
Bentschen . . . Ankunft	7,58	—	12,21	—	6,50
Bentschen . . . Abfahrt	8,10	—	12,29	4,13	7,58
Friedenhorst*)	8,28	—	—	—	8,16
Neu-Tomysl	8,38	—	12,52	4,37	8,28
Eichenhorst	8,55	—	—	—	8,47
Opalenica	9,8	—	1,18	5,3	9,2
Buk	9,25	—	1,31	5,16	9,18
Otusz	9,34	—	—	—	9,29
Dombrowka	9,51	—	1,53	—	9,46
Posen . . . Ankunft	10,9	—	2,12	5,53	10,6
	Vorm.		Nachm.	Nachm.	Abends

In der Richtung von **Posen** nach **Bentschen–Frankfurt. / Bentschen–Guben,**

Stationen.	II.	IV.	VI.	VIII.	X.	XII.
	Personen-Zug 1. 2. 3. 4. Cl.	Personen-Zug 1. 2. 3. 4. Cl.	Personen-Zug 1. 2. 3. Cl.	Gemischter Zug 2. 3. 4. Cl.	Personen-Zug 1. 2. 3. 4. Cl	Gemischter Zug 2. 3. 4. Cl.
	Morgens		Vormittags		Nachmittags	Abends
Posen . . . Abfahrt	6,0	—	10,39	—	3,59	7,44
Dombrowka	6,21	—	10,56	—	4,20	8,11
Otusz	6,37	—	—	—	4,38	8,32
Buk	6,44	—	11,17	—	4,48	8,45
Opalenica	7,2	—	11,31	—	5,7	9,7
Eichenhorst	7,13	—	—	—	5,19	9,23
Neu-Tomysl	7,29	—	11,55	—	5,37	9,44
Friedenhorst*)	7,37	—	—	—	—	9,54
Bentschen . . . Ankunft	7,52	—	12,15	—	5,57	10,13
		Morgens	Nachm.			
Bentschen . . . Abfahrt	—	6,10	12,47	—	6,10	—
Stentsch	—	6,27	1,5	—	6,30	—
Schwiebus	—	6,43	1,21	—	6,49	—
Wutschdorf	—	7,2	1,39	—	7,10	—
Neu-Cunersdorf	—	7,23	2,1	—	7,30	—
Sternberg	—	7,37	2,15	—	7,44	—
Reppen	—	7,57	2,42	—	8,6	—
Frankfurt . . . Ankunft	—	8,23	3,7	—	8,32	—
		Vm.				
				Nachm.		
Bentschen . . . Abfahrt	8,3	—	12,25	2,0	6,17	—
Bomst	8,20	—	12,41	2,36	6,37	—
Züllichau	8,44	—	1,5	3,41	7,7	—
Rothenburg	9,16	—	1,31	4,46	7,38	—
Polnisch Nettkow*)	9,24	—	—	4,57	7,45	—
Crossen	9,54	—	1,59	5,53	8,9	—
Merzwiese	10,14	—	2,13	6,22	8,24	—
Guben . . . Ankunft	10,43	—	2,35	7,5	8,49	—
	Vm.		Nm.	Abends.	Abends.	

*) Auf der neu angelegten Haltestelle Polnisch Nettkow, welche mit dem 1. Juni cr. eröffnet wird, halten die Züge No. II., III., VIII., IX. und X., und in Friedenhorst die Züge No. I., II., IX. und XII. nur dann, wenn Passagiere daselbst aufzunehmen oder abzusetzen sind.



Bekanntmachung.

Extra-Vergnügungs-Züge nach Berlin.

Freitag vor Pfingsten, 22. Mai d. J.

werden drei Extrazüge, und zwar von **Danzig, Thorn** und **Königsberg** nach **Berlin** mit Personenbeförderung in 1., 2. und 3. Wagenklasse nach dem am Schluß angegebenen Fahrplan abgelassen werden.

Der von **Danzig** abgehende Extrazug Nr. 1 nimmt die Passagiere von sämmtlichen Stationen auf, auf welchen er nach dem Fahrplan hält.

Der von **Thorn** abgehende Extrazug Nr. 2 nimmt die Passagiere von den Stationen der Strecke **Thorn Bromberg-Schneidemühl-Landsberg** auf, auf welche er nach den Fahrplan hält.

Der von **Königsberg** abgehende Extrazug Nr. 3 nimmt die Passagiere von den Stationen der Strecke **Königsberg-Dirschau** auf.

Außerdem nehmen der zweite und dritte Extrazug — soweit Platz vorhanden ist — auch auf den übrigen Stationen, auf welchen sie nach dem Fahrplan halten, Passagiere auf.

Sämmtliche Züge befördern nur Passagiere nach Berlin.

Die Billets sind zugleich für die **Rücktour** giltig. Der Preis derselben ist um die Hälfte ermäßigt, indem nur der Satz der einfachen Tour nach **Berlin** zur Erhebung kommt.

Die Rückkehr von Berlin kann vom 23. Mai cr. ab bis einschließlich den 8. Juni cr. mit jedem fahrplanmäßigen Zuge (excl der Courierzüge und der Schnellzüge), welcher Personen der betreffenden Wagenklasse befördert, angetreten werden.

Die Billets müssen zur Rückfahrt der Billet-Expedition in Berlin zur Abstempelung vorgelegt werden und sind nur für den durch die Abstempelung bezeichneten Zug giltig. Eine Unterbrechung der Fahrt auf einer Zwischenstation behufs Fortsetzung derselben mit einem andern Zuge auf Grund des Extrazug-Billets **ist weder auf der Hin- noch auf der Rücktour** gestattet.

Freigewicht für Gepäck wird nicht gewährt.

Die Reisenden des von **Danzig** und **Thorn** abgehenden Extrazuges können Bestellungen auf Couverts zur table d'hôte auf Bahnhof Kreuz zum Preise von 12½ Sgr. den dienstthuenden Schaffnern auf den Stationen Bromberg und Schneidemühl zur unentgeltlichen Beförderung durch den Telegraphen aufgeben.

Billets zu den Extrazügen werden **am 21. und 22. Mai d. J. auf den Stationen Thorn, Bromberg, Danzig und Königsberg auch schon am 20. Mai cr. verkauft.**

Extrazug Nr. 1.

Abfahrt von Danzig (Lege Thor)	5 Uhr 25 M.	Morgens.
„ „ Dirschau . . .	6 „ 35 „	„
„ „ Conitz	9 „ 37 „	Vorm.
„ „ Schneidemühl . .	12 „ 15 „	Mittags.
Ankunft in Kreuz	1 „ 40 „	Nachm.
Abfahrt von Kreuz	2 „ 7 „	„
Ankunft in Berlin	7 „ 20 „	„

Extrazug Nr. 2.

Abfahrt von Thorn	8 Uhr 40 M.	Vorm.
„ „ Bromberg . . .	10 „ 30 „	„
„ „ Schneidemühl .	12 „ 52 „	Mittags.
Ankunft in Kreuz	2 „ 10 „	Nachm.
Abfahrt von Kreuz	2 „ 35 „	„
Abfahrt von Landsberg . . .	4 „ 17 „	„
Ankunft in Berlin	8 „ — „	Abends.

Extrazug Nr. 3.

Abfahrt von Königsberg . .	6 Uhr 5 M.	Nachm.
„ „ Braunsberg . .	7 „ 54 „	Abends.
„ „ Elbing . . .	9 „ 27 „	„
„ „ Dirschau . . .	11 „ 11 „	„
„ „ Landsberg . . .	8 „ 7 „	Morgens.
Ankunft in Berlin . . .	12 „ 10 „	Mittags.

Der vollständige Fahrplan wird auf allen Stationen der Ostbahn zur Einsicht ausgehängt.

Bromberg, den 7. Mai 1874.

Königliche Direktion der Ostbahn

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.